



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11 1/2 Sgr. Anzeigergebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Pettschaft 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrntstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Beförderungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 73. Morgen-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 13. Februar 1862.

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Brüssel, 12. Febr.** Eine londoner Correspondenz der „Indep.“ sagt: Das engl. Cabinet werde eine constitutionelle Monarchie von Mexiko mit dem Erzherzog Maximilian an der Spitze unterstützen und glaubt, daß diese Combination wahrscheinlich sei, besonders wenn Oesterreich einen Zuwachs auf Kosten der Türkei (!) erhält.

## Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Berliner Börse vom 12. Febr., Nachm. 2 Uhr.** (Angekommen 3 Uhr 35 Minuten.) Staats-Schuldscheine 90%. Prämien-Anleihe 122 1/2%. Neueste Anleihe 108 1/2%. Schles. Bank-Verein 91 1/2%. Oberschlesische Litt. A. 138 1/2%. Oberschles. Litt. B. 124 1/2%. Freiburger 122. Wilhelmsbahn 42. Reiffe-Brieger 56. Larnowitzer 38. Wien 2 Monate 73. Oesterreich. Credit-Anleihen 73 1/2%. Oester. National-Anleihe 61 1/2%. Oester. Lotterie-Anleihe 67. Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien 136. Oester. Banknoten 73 1/2%. Darmstädter 82 1/2%. Commandit-Antheile 91 1/2%. Köln-Minden 168. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 59. Posener Provinzial-Bank 94 1/2%. Mainz-Ludwigshafen 117 1/2%. Hamburg 2 Monat 150%. London 3 Monat 6, 2 1/2%. Paris 2 Monat 79 1/2%. — Matt.

**Wien, 12. Februar.** Morgen-Course. Credit-Aktien 202, 50. National-Anleihe 84, 75. London 136, 50.

**Berlin, 12. Febr.** Roggen: matt. Febr. 52 1/2%, Febr.-März 51 1/2%, Frühjahr 51 1/2%, Mai-Juni 51 1/2%. — Spiritus: fest. Februar 17 1/2%, Febr.-März 17 1/2%, Frühjahr 17 1/2%, Mai-Juni 18 1/2%. — Rüböl: besser. Febr. 12 1/2%, Frühjahr 12 1/2%.

## Preußen und die deutschen Regierungen.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „A. Z.“ einen Leitartikel, den wir unverkürzt unsern Lesern mittheilen, er lautet:

„Man muß den Krieg wo möglich in Feindesland spielen.“ Das ist nicht nur der Grundgedanke des Hannibal und des Scipio, sondern auch des Grafen Rechberg. Kaum hatte der preussische Minister Graf von Bernstorff in seiner Depesche vom 20. Dez. v. J. die Idee, wohl zu merken, bloß die Idee, ausgesprochen, die deutsche Verfassung könne nur dadurch auf einen grünen Zweig kommen, daß die deutschen Staaten einen engeren Bund unter Preussens Führung, neben einem weiteren mit Oesterreich eingehen, so rief der österreichische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Rechberg, seine sämtlichen Diplomaten an den deutschen Höfen nach Wien, und im Verein mit allen größeren deutschen Staaten, die sich gegen Preussens Führung sträuben, eröffnete er einen diplomatischen Feldzug gegen Preußen. Oesterreich, Baiern, Württemberg, Hannover, Sachsen, Hessen-Darmstadt und Nassau haben vorige Woche übereinstimmende Noten überreicht, worin sie es für unzulässig erklären, daß auf Grund des Artikels 11 der Bundesverfassung deutsche Staaten ein Bündniß unter sich abschließen, wodurch sie in ein Unterthanen-Verhältnis zu Preußen kämen. Um die einzig mögliche Reform des deutschen Bundes hintan zu halten, schlagen sie ihrerseits mit Oesterreich an der Spitze eine andere Reform vor, die durch Konferenzen der deutschen Regierungen des Näheren vereinbart werden soll. Sie deuten vorläufig an, daß sie in eine Verstärkung der frankfurter Bundesregierung (wenn man jetzt von einer solchen reden kann), so wie in eine Volksvertretung, bestehend aus Abordnungen der Stände, zu willigen geneigt sind.

Wir erinnern uns, daß wir einmal beim alten Zacharia in Heidelberg hospitirten, welcher über die deutsche Bundesverfassung sprach. „Die deutsche Bundesverfassung, meine Herren, so sagte er mit mehr Behagen, als der Gegenstand eigentlich einzuführen geeignet ist, kommt mir vor, wie ein großer, dicker Wald, in den man des Morgens ausfährt und den ganzen Tag herumfahren kann, und des Abends ist man doch genau wieder auf derselben Stelle.“ Haben wir nicht eben wieder einen solchen Kreislauf vollendet? Sind wir nicht genau wieder auf derselben Stelle, wie 1850 und 1851 bei den dresdener Konferenzen?

Die deutsche Nation hatte durch ihre Vertreter in Frankfurt 1849 mit großer Mühe eine neue Verfassung für den deutschen Bund zu Stande gebracht, dessen Grundgedanke der engere Bund unter Preußen war. Die deutschen Regierungen, selbst diejenigen, welche Anfangs, als ihnen die wilden Wasser von 1848 noch bis an den Hals gingen, die derselben zugestimmt hatten, verwarfen, sobald sie irgend konnten, die Reichsverfassung und die aus derselben hervorgegangene abgeschwächte Union unter Preußen. Und nachdem sie gegen das Werk des deutschen Volkes alle möglichen Vorwürfe gerichtet, traten die Regierungen selbst in Dresden zusammen, um es besser zu machen. Sie wollten die Bundesverfassung von 1815, in deren Beurtheilung alle Regierungen ohne Ausnahme in den letzten Jahren Jetteitert hatten, in besonnener staatsmännischer Weise so umgestalten, daß die wahren Bedürfnisse der Nation befriedigt würden. Und nachdem sie fünf Monate zusammengewesen waren (23. Dezember 1850 bis 15. Mai 1851), hatten sich nichts, aber auch gar nichts zu Stande gebracht. Die Regierungen konnten sich über nichts einigen, und es ward noch als ein Gewinn betrachtet, daß man einfach zum alten Bundestag zurückkehrte, wodurch man der Forderung des damals so mächtigen Oesterreichs, mit seinem ganzen Reiche in den deutschen Bund aufgenommen zu werden, glücklich entging. Man beschloß, keinen Beschluß zu fassen, sondern das gesammte „werthvolle“ Material der bisherigen Verhandlungen dem wiederhergestellten Bundestage in Frankfurt zu überweisen.

Die Acten können nun, wenn nicht inzwischen die Mäuse sie gefressen haben, wieder ausgeflaut werden.

Multa renascuntur, quae jam cecidere!

Ein Unterschied ist aber doch dabei. Preußen ist diesmal nicht in dem Falle, an den Konferenzen Theil zu nehmen. Unsere Regierung hat die Ideen, welche durch Oesterreich und seine Anhänger wieder auf die Bahn gebracht werden, so eben noch ausdrücklich abgelehnt: der ganze Bund kann, wie sie schlagend aus einander setzten, nicht bündestaatlich reformirt werden. Und in Preußen stimmen alle Parteien darin überein, daß die preussische Regierung sich auf diese Vorschläge nicht einlassen könne.

Aber Preußen kann jenen Konferenzen auch mit der größten Seelenruhe entgegensehen. Sie werden jetzt ohne Preußen gewiß noch weniger zu einem Ergebnisse führen, wie ehemals. Am wenigsten ist zu befürchten, daß daraus die Uebernahme einer Bürgschaft Deutschlands für Oesterreichs gesammten Länderbestand hervorgehe, gegen welche vor elf Jahren die fremden Mächte glaubten, Verwahrung einlegen zu müssen. Dergleichen Pläne können jetzt gar nicht mehr ernstlich in Betracht gezogen werden. Abgesehen von der abgeneigten Stimmung der Nation, ist Preußens Veto allein hinreichend, eine solche völlige Umgestaltung des deutschen Bundes zu hintertreiben; denn daß es sich hier um eine organische Einrichtung des deutschen Bundes handelt,

zu welcher Einstimmigkeit aller Bundesglieder erforderlich ist, daran ist nicht zu zweifeln. Diese Wolken zu zerstreuen, kann man füglich dem Winde überlassen.

Interessant ist aber die Frage, woher den deutschen Regierungen, die ihre Souveränität über Alles setzen, denn der Ramm so geschwollen ist, um mit solchen Gegenplänen aufzutreten. Sie durchkreuzen damit die Stimmung der Nation, welche sich noch vor Kurzem mit solcher Einmütigkeit für die preussische Führung ausgesprochen schien. Die preussische Regierung wird vielleicht sagen, es fehle in der deutschen Nation noch an jener Einmütigkeit, welche sie allein ermutigen könnte, nach einer solchen Führung mit Ernst zu trachten. Es hätten sich die Landtage in den einzelnen Staaten Deutschlands, wenigstens in den wichtigeren, noch keineswegs für die deutsche Einheit unter Preußen ausgesprochen.

Die deutsche Nation wird antworten, daß sie ganz natürlich, da Preußen zwar nicht abgeneigt sei, eine solche Führung zu übernehmen, wenn sie ihm mit freier Zustimmung aller Regierungen übertragen werde, aber entschieden die Mittel verschmähe, um mit freiwilliger und unfreiwilliger Zustimmung der Regierungen zu jener Führung zu gelangen. Daß alle oder doch die meisten deutschen Regierungen ihre Souveränität über Alles setzen, ist bekannt. Die preussische Regierung hat also, um die deutsche Einheit herzustellen, kein anderes Mittel in Händen, als sich rücksichtslos der deutschen Nation anzuschließen. Davon ist sie weiter als je entfernt. Im Gegentheil, wenn die Stimmung Deutschlands gegen Preußen augenblicklich mehr als lau ist, so hat die preussische Regierung zu dieser Stimmung das Ihrige beigetragen. Weit entfernt von jeder Begeisterung für die deutsche Einheit, werden die Zeichen derselben in Preußen mit Mühe und kaum geduldet. Wir wollen kein Urtheil abgeben, wir führen nur Thatsachen an. Thatsache ist aber, daß die gegenwärtige Regierung in Preußen einmal über das andere erklärt hat, daß sie niemals italienische Wege wandeln, niemals zur Gewalt greifen werde, um die deutsche Einheit herzustellen. Gleichsam um den Entschluß Sr. Maj. des Königs recht feierlich zu verkünden, ward bei der Krönung in Königsberg im Oktober vorigen Jahres das göttliche Recht der Fürsten vor allem Anderen betont. Preußen wird den deutschen Bund nicht anders umgestalten, als mit freier Zustimmung der Regierungen. Und daß diese freie Zustimmung nicht zu erhalten ist, lehren die neuesten Noten. Preußen hatte 1850 doch einen bestimmten Plan für die deutsche Einheit, und eine beträchtliche Anzahl Regierungen hatte diesem Plane, wenn auch meistens mit heimlichem Widerwillen, zugestimmt. Jetzt hat es gar keinen Plan, und noch weniger eine deutsche Regierung, welche einem solchen Plane zustimmt. Dazu kommt noch die wachsende Mißstimmung in Preußen über den immer höher geschraubten Steuerdruck und die ganz übertriebenen Anforderungen für ein plötzlich um die Hälfte vermehrtes stehendes Heer und ein um ein Drittel erhöhtes Militär-Budget, das Kriegsteuern im Frieden, Deficits und Anleihen ohne Ende in Aussicht stellt, das Verbleiben so vieler und fast überwiegender reaktionärer Elemente im Ministerium und den höheren Beamtenstellen, die Fortdauer des Herrenhauses in seiner gegenwärtigen, jeden nennenswerthen Fortschritt unmöglich machenden Zusammensetzung u. s. w. Kann man sich unter allen diesen Umständen wundern, wenn die Stimmung der deutschen Nation gegen Preußen jetzt mehr als lau ist?

Wir glauben nicht, daß es möglich ist, wenn Preußen und seine Regierung sich nicht in den wesentlichsten Punkten gänzlich ändert, was nur Schwärmer erwarten können, mit irgend einer Aussicht auf Erfolg die Unionspläne von 1850, an welche die deutschen Regierungen erinnern, wieder aufzunehmen. Es giebt freilich unverbesserliche Schwärmer, die bei ihren Zukunftsplänen für Preußen einen König, einen Hof, einen Adel, ein Ministerium, ein Beamtenhum annehmen, wie es in ihre Pläne paßt, aber nicht ein Preußen, wie es lebhaft vorhanden ist. Politik ist aber die Wissenschaft des Möglichen. Was mit den vorhandenen Mitteln irgend erreicht werden kann, das soll ein Staatsmann zu erreichen suchen; aber er darf nicht von dem Vorhandenen gänzlich absehen. Man muß wirklich ein Träumer und Schwärmer sein, um von der gegenwärtigen preussischen Regierung Großthaten für die deutsche Einheit zu erwarten. Es erwartet sie ehrlicher Weise auch Keiner. Es giebt unter uns aber „Liberalen“, welche Alles zu thun wünschen, was die Regierung haben will, namentlich die übermäßigen Forderungen für das Militär zu bewilligen. Diese schnappen förmlich nach Gründen, womit sie den Abfall von allen ihren früheren Ansichten in dieser Frage vor der Welt beschönigen möchten. Bald sagen sie, ihre Ansichten wären noch dieselben, Preußen könne eine solche Militärlast nicht ertragen, aber auf die Weise, wenn sie Alles bewilligten, wo möglich noch früher als das Herrenhaus, würden wir das Herrenhaus los. Vom Herrenhaus ist jetzt weiter nichts zu hören; jetzt aber stellen sie den Satz auf, eine vom Herrenhaus amendirte Kreisordnung zu erhalten, sei immerhin zehn Millionen jährlich werth. Es sollte uns nicht wundern, wenn solche Leute aus den angeblich durch die würzburger Note drohenden Gefahren neue Bolzen zu drehen suchten, um die Forderungen des Kriegsministers zu bewilligen. Wir haben gesehen, daß die würzburger Pläne in Nichts auslaufen müssen, auch wenn Preußen sich gar nicht weiter darum kümmert. Und von Herrn v. Roon zu erwarten, daß, wenn man ihm den Gefallen thut, die geforderten Millionen zu bewilligen, er dagegen uns den Gefallen thun würde, für die deutsche Einheit zu marchiren, das ist in Anbetracht aller Umstände eine so große Thorheit, daß man sie einem Menschen, der auch nur mit mäßiger Urtheilskraft begabt ist, unmöglich zutrauen kann. Wer von unbestimmten Großthaten spricht, die Preußen für die deutsche Einheit verrichten werde, sucht offenbar nur nach einem noch so wenig stichhaltigen Vorwande, nach einem noch so schwachen Erfolge für die, seitdem sie 1860 und 1861 ihre Dienste gethan, auf die Polterkammer gesetzte „Wolke im Westen.“

## K. C. Der Commissionsbericht in der heffischen Frage

ist jetzt erschienen (Ref. Abg. Behrend). Die thatsächlichen Resultate der Commissions-Antrag selbst und die Erklärung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten — sind bereits bekannt; ebenso, daß ein die Centralität des bewaffneten Einmarsches direct ins Auge fassendes Amendement (des Abg. v. Carlomag) abgelehnt ist, und zwar mit 9 gegen 5 Stimmen. Im Uebrigen giebt der Bericht zunächst eine gedrängte Recapitulation des Verlaufs der heffischen Frage von 1850 an bis zu der letzten preussischen Chronik, erwähnt namentlich die Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten von 1860 über den heffischen Antrag, die Erklärung des Ministers v. Schleinitz vom 20. April 1860, die Adreßdebatte vom vorigen Jahre, den

badischen Antrag vom 4. Juli v. J., den Protest Kurheßens in der Bundestags-Sitzung vom 14. November v. J., worin die heffische Regierung so weit ging, „einen erheblichen Theil der Schuld, daß der entstandene Conflict noch nicht erledigt sei, der Stellung zuzuschreiben, welche die damaligen Ministerien einiger Bundesstaaten zur fraglichen Angelegenheit eingenommen hätten;“ endlich die badische Denkschrift und die Erklärungen der preussischen, bairischen, sachsen-weimarischen und russischen Regierungen, welche am 5. Dezbr. v. J. in der Bundesversammlung gegen jene heffischen Vorwürfe abgegeben sind.

Aus den Verhandlungen der Commission ist, nachdem die Antragsteller (resp. die liberalen Fractionen des Hauses) sich über die Erwägungsform, die ausdrückliche Erwägung des Wahlgesetzes von 1849 u. s. w. geeinigt haben, als wesentlich Folgendes nachzutragen: In Bezug auf den badischen Antrag ist (von den Vertheidigern des badischen Antrages) bemerkt worden: durch diesen Antrag habe die badische Regierung „die turkeffische Frage, welche seit 1860 weder von dem preussischen Bundestags-Gesandten, noch von den andern Vertretern der deutschen Regierungen in Frankfurt a. M. eine weitere Folge gegeben sei, auf's Neue daselbst angeregt und in Fluß gebracht; dieser hochherzigen Initiative die gebührende Anerkennung seitens des Hauses der Abgeordneten zuzuwenden, sei gewiß eine lobenswerthe Absicht des badischen Antrages; es komme hinzu, daß die badische Regierung zuerst auf die rechtliche Nothwendigkeit aufmerksam gemacht habe, auch die Zusätze und Abänderungen der 1831 zur Verfassung aus den Jahren 1848 und 1849 und das Wahlgesetz von 1849 wieder in Wirksamkeit zu setzen, wodurch die heffischen Verfassungs-Wirren allein einer endlichen Lösung zugeführt werden könnten; aus diesen Gründen sei es angemessen, jenes Antrages speciell Erwähnung zu thun. Dagegen ist geltend gemacht: das Verdienst der Initiative in dieser Sache gebühre der Zeit nach Preußen, und zudem beruhe der badische Antrag „auf der Unterstellung, daß kompetenzwidrige Bundesbeschlüsse, um ihre Wirksamkeit zu verfahren, durch den Bundestag selbst aufgehoben werden müßten“; die wichtigste Seite der turkeffischen Frage, die von der Kompetenz des Bundes, behandelte derselbe, „nicht in richtiger und correcter Weise“. „Es könne zwar zunächst davon abgesehen werden, daß die Bundesversammlung durch Art v. 12. Juli 1848 ihre Befugnisse auf den Reichsverweser übertragen und ihre bis dahin bundesverfassungsmäßig ausgeübte Thätigkeit beendet habe, so daß das rechtliche Fortbestehen des 1850 reactivirten Bundestages nicht anzuerkennen sei, wie denn auch die königl. Staatsregierung diese Anerkennung bislang nicht ausgesprochen habe; nie aber dürfe, sei es stillschweigend, sei es ausdrücklich, gegeben werden, daß es in der Kompetenz des Bundes liege, deutsche Verfassungen außer Wirksamkeit zu setzen, und auf die Revision der bestehenden, oder auf die Einführung neuer in der Art einzuwirken, wie es durch die Bundesbeschlüsse vom 27. März 1852 und vom 24. März 1860 geschehen sei. Der badische Antrag involvire aber eine Anerkennung der Kompetenz des Bundes; habe er das nicht beabsichtigt, so hätten in dem Wortlaut desselben die Sätze: „daß den eben angeführten Bundesbeschlüssen wegen rechtlicher und thatsächlicher Bedenken keine Folge gegeben werden könne“, und: „daß der kurfürstlichen Regierung nichts im Wege stehe“, die 1831er Verfassung nebst Zusätzen und das Wahlgesetz von 1849 als rechtskräftig und in Wirklichkeit bestehend zu betrachten, anders gesagt werden müssen; es hätte in denselben vielmehr gesagt werden müssen, daß die Bundesversammlung zu der Fassung jener Beschlüsse vom 27. März 1852 und 24. März 1860 überhaupt nicht competent gewesen sei, und daß die heffische Regierung verfassungsmäßig verpflichtet sei, die Verfassung von 1831 wieder in Wirksamkeit zu setzen; hierin liege das Hauptbedenken gegen die Erwägung des badischen Antrages“. Diese (unter Hinweis auf Art. 56 der Wiener Schlussakte näher erwiesene) Kompetenzüberschreitung des Bundes bedrohe einmal alle deutschen Verfassungen, und ferner „schreibe sie gerade Preußen gebieterisch die Verpflichtung vor, ohne allen Rückhalt gegen dieselbe aufzutreten, da Preußen vor allen andern deutschen Staaten dazu berufen sei, das Unrecht zu sühnen, an dem es selbst durch seine verwerfliche Politik des Jahres 1850 Theil genommen habe“. Dem gegenüber ist zum Beweise, daß Baden die Ansicht Preußens über die Incompetenz des Bundes in dieser Sache vollkommen theile, auf die badische Denkschrift Bezug genommen, und „wenn man auch zugeben wolle, daß in dem Wortlaute des Antrages vom 4. Juli 1861 diese Auffassung der großherzoglichen Regierung nicht in klarer Weise zu Tage trete, so könne dieser Umstand allenfalls einen Grund abgeben, die Erwägung des Antrages selbst aus dem Tenor der Resolution wegzulassen (wie bekanntlich nachher geschehen ist), nicht aber würde es angemessen erscheinen dürfen, das Vorgehen der badischen Regierung in der turkeffischen Verfassungs-Angelegenheit, ihr energisches und patriotisches Auftreten für das verlebte Recht eines modernen deutschen Volkstammes gänzlich mit Stillschweigen zu übergehen.“ — In Bezug auf die Wendung des badischen Antrages „die königl. Staatsregierung aufzuordern“ ist bemerkt, wie schwer der Beschluß des Hauses auch „in die Waagschale der Entschlüsse der Regierung fallen werde, immerhin aber sei das abzugebende Votum nur ein rathendes und somit der Ausdruck des Aufforderns verfassungsmäßig nicht zu rechtfertigen“, — und von der andern Seite ist entgegnet, „daß mit der Aufforderung zur Action der Regierung ein Eingreifen in die Verwaltungs-Befugnisse selbstverständlich nicht beabsichtigt sei; es habe mit dem fräufig gemachten Ausdruck nur die volle Uebereinstimmung des Hauses der Abgeordneten mit allen entschiedenen Schritten der Regierung in dieser Angelegenheit im Voraus befundet werden sollen; großes Gewicht werde auf den Ausdruck gerade nicht gelegt.“

Endlich der Ausdruck: „alle ihre Mittel einsetzen.“ Es sei natürlich, ist bemerkt worden, „dabei sofort an das letzte Mittel, an das der Gewalt zu denken, während auf dem Gebiete der Verhandlungen alle etwa rathlichen Mittel noch nicht erschöpft seien.“ Darauf ist entgegnet: „allerdings sei auch an das letzte Mittel der Gewalt gedacht worden, aber gerade dadurch, daß man alle Mittel einzusetzen vorgeschlagen habe, solle die Anwendung anderer, vorher zu ergreifender keineswegs ausgeschlossen sein;“ nicht alle Mittel seien der Regierung zu bezeichnen, aber einige seien anzudeuten; „der dieselbige Gesandte in Kassel könne mit Instruktionen versehen werden, die, wenn sie demselben erlaubten, eine entschiedene Sprache der kurfürstlichen Regierung gegenüber zu führen, einen Druck auf die Entschlüsse jenes Kabinetts auszuüben nicht verfehlen würden; nun gehe zwar aus dem Depeschenwechsel, welcher im vergangenen Jahre zwischen unserer Regierung und dem wiener Kabinet stattgefunden habe, hervor, daß der Gesandte in Kassel bereits im April 1861 mit besonderen Instruktionen versehen sei; mit welchen aber und ob dieselben mit Erfolg ausgeführt seien, erhele aus jenen Schriftstücken und auch sonst aus Rundgebungen der Regierung nicht; ließe zwar die Thatsache, daß dieselbe den Vertreter der kurfürstlichen Regierung am hiesigen Hofe angenommen habe, die Vermuthung zu, daß jene Instruktionen in Kassel nicht ohne Eindruck geblieben seien, da anderenfalls die Anwesenheit des kurfürstlichen Gesandten in Berlin, dessen politische Anschauung über die turkeffische Verfassungsfrage hinlänglich bekannt sei (Serr v. Baumback war Mitglied des Ministeriums Cassensflug), nicht leicht erklärlich erschiene, so müsse doch andererseits aus dem unveränderten Fortbestehen der Verfassungswirren in jenem Lande, ja aus der neuerdings am 14. Novbr. v. J. am Bundestage abgegebenen Erklärung der kurfürstlichen Regierung geschlossen werden, daß jene Instruktionen ganz ohne Einfluß auf die Entschlüsse in Kassel geblieben seien. Auch der erneuerte Abbruch des directen diplomatischen Verkehrs mit der kurfürstlichen Regierung sei ein Mittel, dessen Tragweite bei dem gegenwärtigen Stande der deutschen Frage von vornherein nicht übersehen werden könne, das also der Regierung zur Erwägung zu geben nicht überflüssig erschiene. Eine offene und unumwundene Erklärung derselben, daß sie ein Einschreiten zu Gunsten des von der kurfürstlichen Regierung in der Verfassungsfrage eingenommenen Standpunktes von keiner Seite dulden, und nöthigenfalls mit Gewalt der Waffen verhindern werde, könne ebenfalls als ein Mittel bezeichnet werden, welches aus dem passiven Widerstande des heffischen Volkes zu einer Action gegen die illegalen Maßregeln der kurfürstlichen Regierung führen und dadurch die Lösung des beklagenswerthen Conflictes beschleunigen werde.“ — Ohne dem badischen Ausdrücke ganz beizustimmen, ist noch hervorzuheben: „das starke Festhalten der kurfürstlichen Regierung an dem eingenommenen Standpunkte, dem die Zustimmung des heffischen Volkes durchaus fehle, lasse sich nur daraus erklären, daß die Regierung zu Kassel von der ihr durch die Bundes-Vermittlung oder von einzelnen Bundes-Regierungen zu gewährenden Unterstützung und



von deren Hilfe zur Durchführung ihrer Pläne überzeugt sei. Zur Erklärung dieser verderblichen Ueberzeugung sei die offen abgegebene Erklärung der künftl. Staats-Regierung notwendig, daß sie irgend welche Hilfe von außen bei der Einführung der publicirten Verfassung vom 30. Mai 1860 nicht dulden werde. — Von einer anderen Seite (Abg. v. Carlowitz) ist dagegen hervorgehoben, daß die Eventualität eines bewaffneten Einschreitens ausdrücklich erwähnt werden müsse; diplomatische Mittel reichen nicht mehr aus; auch nicht ein offener Protest gegen eine Intervention anderer Mächte; „denn entweder werde das heftigste Volk in einer solchen Erklärung die Unterstützung zu activem Widerstande erkliden, oder es werde dieselbe nach den Vorgängen des Jahres 1850 als unwirksam angesehen; eine wenn auch noch so verhängte Aufforderung zum Aufstande könne aber als ein laiales Mittel der Regierung wohl kaum angesehen werden; im letzteren Falle werde mit der Erklärung nichts erreicht werden“; es bleibe daher nur ein bewaffnetes Einschreiten in Kurhessen übrig; „es sei nicht zu bezweifeln, daß ein solches zu einem Kriege mit anderen Gliedern des deutschen Bundes führen werde. Das Volk in Deutschland erkenne überall das Recht als auf Seite des heftigsten Volkes stehend an; die deutschen Regierungen würden einerseits gegen den Willen des Volkes zu interveniren nicht geneigt, andererseits aber auch nicht in der Lage sein, dem preussischen Eintritten in Kurhessen irgend erhebliche Mittel entgegenzustellen. Vor Allem könne Oesterreich zu jener Zeit nicht unternehmen, anders als etwa zum Schein das va banque der Schwarzenbergischen Politik auf's Neue zu spielen; im Innern und nach außen gelähmt, habe es nicht die Macht, die preussische Intervention in Kurhessen zu verhindern, deren Berechtigung sich für Preußen aus seinem eigenen Interesse, dem letzten Ziele einer gesunden Politik, ergebe; gebietend aber fordere dieses Interesse die künftl. Staats-Regierung auf, es nicht zu dulden, daß der an den Grenzen des preussischen Gebietes glimmende Brand zur hellen Flamme auslodere, es nicht zu dulden, daß das monarchische Princip, dessen beste Stärke in der Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Rechte beruhe, durch gefehlbildende Handlungen, wie es in Kurhessen geschehe, von oben herab untergraben werde. Noch sei der künftl. Regierung in Kasel eine ernstgemeinte und durchgeführte Energie nicht entgegengetreten; den Versuch, ob sie sich endlich dem durch das Schwert geschützten Recht beugen werde, hätte Preußen anzustellen die Verpflichtung.“ Und gar bald werde die Regierung auch andere deutsche Regierungen an ihrer Seite finden. „Durch das Einschreiten in Kurhessen werde die Regierung den ersten entscheidenden Schritt in der deutschen Frage thun, einen Schritt, den die jüngste Zeit mit mächtigem Rufe fordere.“ — (Der im Ausschuss dann gestellte Antrag, sowie die Ablehnung desselben sind bereits erwähnt.)

Eigentlichen Widerspruch haben die Anträge nur von einem Mitgliede (Abg. Reichenberger) gefunden. Die Competenz des Bundes richtete sich nicht nur nach Art. 56 der Wiener Schlussakte, sondern auch nach Art. 57, 58 und 26) Bestimmungen über gewisse bundeswidrige Artikel von Einzelverfassungen und ob die Voraussetzungen jener Bundesgesetze hinsichtlich der Verfassung von 1831 vorliegen, sei lediglich von der bestfalls kompetenten Behörde, also von der Bundes-Versammlung zu beurtheilen und zu entscheiden.“ Auf Grund des Wahlgesetzes von 1849 die heftigsten Stände einzuberufen, sei bisher weder von unserer Regierung, noch vom Saule der Abgeordneten verlangt; die Behauptung der Nichtrechtsbeständigkeit des Bundesgesetzes, sei für die vorliegende Sache unerheblich, da die Bundesregierungen bei dem Fortbestande des deutschen Bundesrechtes ihre Beschlüsse immerhin in sachgemäßer Weise zu fassen in der Lage sein müßten; die kurbessische Verfassungsfrage sei die innere Angelegenheit eines souveränen Staats, und alle Sympathie für die kurbessische Sache, ja die vermeintliche Sübe einer begangenen Schuld Preußens gebe noch nicht das Recht zu einer selbstständigen Aktion in Kurhessen, welche dem deutschen Bunde allein zustehe. Die heftigste Landesvertretung habe durch ihr starrs Festhalten an dem formellen Rechte, die Lösung der Frage erschwert.“ „Die nach der publicirten Wahl-Ordnung vom 18. April 1852 in Kurhessen gewählten Stände-Versammlung hätten zu dem in den Jahren 1852, 1854 und 1857 gegen die Rechtsbeständigkeit der erlassenen Verfassungs-Gesetze niemals protestirt; auch praktisch werde die enlöste kurbessische Frage durch eine erneuerte Verhandlung über dieselbe im preussischen Abgeordnetenhaus selbst dann nicht gefördert werden, wenn die Regierung den von der Mehrheit angenommenen Standpunkt theile; habe doch die früher in jedem Jahre in der französischen Deputirten-Kammer wiederholte Besprechung der polnischen Frage dieselbe eben so wenig auch nur einen Schritt weiter geführt.“ Dem gegenüber ist im Einzelnen nachgewiesen, daß die heftigste Verfassung von 1831 nicht bundeswidrig sei, daß eine Anerkennung der octroyirten Verfassung von 1852 seitens der heftigsten Stände niemals stattgefunden; „allerdings sei die kurbessische auch eine deutsche, ganz wesentlich aber auch eine preussische. Im Jahre 1852 sei das kurbessische Recht vernichtet worden, um Preußen zu demüthigen, jetzt verlange Preußens Ehre gebieterisch die Wiederherstellung jenes Rechtes; verheße auch diesmalig Preußen nicht, sein gerechtes Verlangen durchzusetzen, dann werde auf lange Zeit sein Ansehen in Deutschland untergraben sein.“ Die heftigste Volksvertretung verdiene die deutschen Sympathien nicht vollauf? Es sei schwer ersichtlich, wohin das deutsche Volk seine Sympathien mit größerem Rechte tragen solle. Nicht an zweifelhaftem Rechte hänge mit Starrsinn der heftigste Stamm, sondern mit Mäßigung und Ausdauer an seiner rechtsbeständigen Verfassung.“ „Ob die erneuerte Verhandlung über die kurbessische Frage im Abgeordnetenhaus der Lösung derselben förderlich sein werde, das müsse die Zukunft lehren; die Vertreter des preussischen Volkes aber hätten es unter allen Umständen zu vermeiden, sich durch eine Unterlassungssünde an der weiteren Verschleppung dieser Frage zu Mitschuldigen zu machen.“ Gegen die erwähnte eine Stimme ist schließlich der Comm.-Antrag einstimmig angenommen.

Der Minister des Auswärtigen hat an seine Erklärung, „nach die Bemerkung geknüpft, daß sich die künftl. Staats-Regierung ihre Auffassung darüber,

ob das Wahlgesetz von 1849 in Kurhessen als rechtsbeständig zu erachten sei, noch vorbehalten müsse, da vorläufig auch in dieser Beziehung der von dem früheren Minister v. Schleinitz eingenommene Standpunkt noch festgehalten werde.“ Ueber den Eindruck der Aeußerungen des Ministers sagt der Bericht, unsere desfallsigen Mittheilungen von neuem bestätigend: „Mehreren Mitgliedern der Commission gaben die Ausführungen des Ministers Veranlassung, ihr lebhaftes Bedauern darüber auszusprechen, daß eine vollständige Uebereinstimmung der Auffassung der Regierung mit derjenigen, welche sich in der Commission geltend gemacht habe, nicht vorhanden sei, während noch vor zwei Jahren durch den kurbessischen Antrag eine solche Uebereinstimmung mit der damaligen Erklärung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten konstatirt worden sei. Denn da der Minister der auswärtigen Angelegenheiten augenblicklich nicht in der Lage zu sein erklärt habe, es auszusprechen, daß die Regierung zur Lösung der heftigsten Verfassungsfrage eben so wie die Mehrheit der Commission eine sofortige Berufung der heftigsten Ständeversammlung auf Grund der Verfassung vom 5. Jan. 1831, der in den Jahren 1848 und 1849 dazu gegebenen Erläuterungen und daran vorgenommenen Abänderungen und des Wahlgesetzes vom 5. April 1849, für nothwendig erachte, so fehle jetzt diese Uebereinstimmung; es müsse daher als in hohem Grade wünschenswerth bezeichnet werden, daß bei den Verhandlungen in pleno über die gegenwärtigen Anträge die künftl. Staats-Regierung ihre vollständige Uebereinstimmung mit diesem, beiden Anträgen gemeinsamen Grundsatze nachträglich ausspreche.“

Im Anschluß daran ist noch zu erwähnen, daß in der zweiten Sitzung der Comm. „auf die Anfrage eines Mitgliedes, welche Schritte die Regierung bei den größeren deutschen Cabineten gethan habe, um diese für ihre Ansicht in der kurbessischen Verfassungsfrage zu gewinnen, der Vertreter der Regierung (Abg. v. Rath) Abeten) erklärt hat, daß der in der Debatte schon erwähnte Depeschenwechsel mit dem wiener Cabinet an die Öffentlichkeit gekommen sei, sein Inhalt also die gestellte Frage beantworte; auf die fernere Anfrage, welche Stellung zu dem bairischen Antrage die Regierung am Bunde einnehmen werde, gab derselbe Regierungs-Commissarius die Erklärung ab, daß, da diese Frage noch eine schwebende sei, eine Auskunft nicht ertheilt werden könne.“

## Preußen.

\*\*\* Berlin, 11. Febr. [Eine neue badische Depesche. — Befinden des Generals v. Bonin.] Eine neue badische Depesche in der deutschen Angelegenheit, gerichtet an den hiesigen badischen Gesandten Freiherrn v. Marschall, ist vom 28. Januar datirt. Aus Anlaß des Preussischen Projekts und zum Theil in polemischer Form gegen dasselbe giebt die Depesche eine umfassende Darlegung der Gesichtspunkte, von denen die badische Regierung die Frage der deutschen Bundesreform aufsaßt. Im Gegensatz zu Preuß und Genossen wird als der einzig richtige Ausgangspunkt hingestellt: nicht die möglichste Berücksichtigung der Einzelinteressen, sondern die möglichst höchste Leistung für das Gemeinsame; nicht auf eine neue Formel komme es an, sondern auf allseitige Opferbereitschaft, auf selbstlose Hingebung an das Wohl des Ganzen, auf die „Unterordnung unter den allbeherrschenden, allein berechtigten Gedanken eines einzigen und mächtigen Vaterlandes.“ — Unter Constaturirung sodann der immer weiter und tiefer gehenden nationalen Bewegung, in der sich der „Ueberdruß“ an dem jetzigen Zustande bekundet, wird die Aufforderung an die Regierungen gerichtet, die Initiative in so großen Dingen nicht länger den Bevölkerungen zu überlassen, sondern selbst in die Hand zu nehmen, d. h. eine einheitliche Centralgewalt zu schaffen, welche die Funktionen der Exekutive — nicht eines Einheitsstaates, sondern — eines Bundesstaates übernimmt. Als den besten Weg dazu empfiehlt die Depesche den der freien Verftändigung zwischen den Regierungen, auf dessen baldiges Beschreiten sie mit Nachdruck dringt. Die Sprache der badischen Depesche ist höchst energisch. — Der Correspondent der „Kön. Z.“, welcher vorstehende Mittheilung macht, fügt hinzu: „Hoffentlich macht es Bernstorff bald weit.“ — Ja, hoffentlich! — Während am vorgestrigen Tage in dem Befinden des gefährlich erkrankten General-Lieutenants und General-Adjutanten Sr. Maj. des Königs, v. Bonin, eine leise Besserung einzutreten schien, da sich das Fieber vermindert und auch Schlaf eingetreten war, hören wir heute, daß die Nacht vom Sonntag zum Montag eine sehr unruhige gewesen ist. Welche Theilnahme der Erkrankte selbst in den höchsten Kreisen erregt, geht daraus hervor, daß J. K. H. die Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin sich am Sonntage per Telegramm nach dem Befinden desselben erkundigen ließ.

Berlin, 11. Febr. [Vom Hofe.] Se. Majestät der König arbeitete heute Vormittag von 10 Uhr ab mit dem General-Lieut., General-Adjutanten Freiherrn v. Manteuffel, nahmen während dessen, um 11 Uhr, die militärischen Meldungen entgegen, empfingen gegen 1 Uhr den Prinzen Moriz von Altenburg Sobelt, Major à la suite des Garde-Fusaren-Regiments, und von 1 Uhr ab den Vortrag des

Geheimen Regierungsraths v. Winter, interimistischen Verwalter des Polizei-Präsidiums. Um halb 2 Uhr hatte der Oberstkämmerer Graf Hedern Vortrag und nach 2 Uhr wird der Professor Böttcher vor dessen Abreise nach Griechenland empfangen werden.

[Die schwarz-roth-goldene Fahne in Frankfurt a. D.] Der Verfügung, welche der Herr Minister des Innern unter dem 1. Februar an die Stadtverordneten-Versammlung zu Frankfurt a. D. hat ergehen lassen, ist kürzlich in öffentlichen Blättern mehrfach Erwähnung gethan. Die „Stern-Ztg.“ ist im Stande, den Wortlaut der Verfügung mitzutheilen:

„Se. Maj. der König haben von der an Allerhöchstdieselben gerichteten Vorstellung vom 21. November pr. Kenntnis zu nehmen, und mich zu ermächtigen geruht, der Stadtverordneten-Versammlung in Bescheidung darauf zu eröffnen, daß die lokale und patriotische Absicht der dortigen Bürgerschaft bei dem Empfange Sr. Majestät des Königs daselbst am 21. Oktober v. J. von Allerhöchstdieselben nicht verkannt worden ist.“

Dieser allerhöchste Befehl wird die Befolgung befehlen, welche zu der gedachten Vorstellung Veranlassung gegeben haben.

Dagegen kann ich den in der Sitzung vom 29. Okt. pr. gefaßten Beschlusse einer Interpellation an den Oberbürgermeister Riper nicht ungerügt lassen. Der Magistrat verhält sich als Obrigkeit der Stadt die Gemeinde-Angelegenheiten. Wegen all und jeder Auskunft, welche die Stadtverordneten-Versammlung in Angelegenheiten dieser Art zu erhalten wünscht, hat dieselbe nur an den Magistrat sich zu wenden. Die erwähnte an den Oberbürgermeister direkt gerichtete Anfrage überschreitet daher Ihre Befugnisse, und der Oberbürgermeister hat mit Recht eine Antwort darauf nicht ertheilt.

Berlin, den 1. Februar 1862.  
Der Minister des Innern.  
(gez.) Graf von Schwerin.

Die Comm. des Hauses der Abg. zur Vorberathung des Gesetzes über die Oberrechnungskammer hat das sehr wichtige Amendement angenommen, daß die Spezialletzte als integrierender Theil des Staatshaushaltsetats angesehen werden, also ebenso Gesetzeskraft haben sollen, wie jener; ferner sollen als Staatsüberschreitungen gelten auch diejenigen Mehrausgaben, die mit einer Mehreinnahme in Causalzusammenhange stehen. — Zugleich hat in der Budgetcommission der Abg. Sagen den Antrag gestellt, daß die Spezialletzte mit in der Gesefsammlung publicirt werden sollen; dieser Antrag geht auf dasselbe Ziel wie jenes Amendement.

In der Fraction Hartort, Bodum-Dolfs u. Gen. ist ein Antrag in der italienischen Frage angenommen worden, der auch in der Fraction Grabow schon zahlreiche Unterstüßung findet. — Die Verhandlungen wegen der deutschen Resolution schweben noch zwischen den liberalen Fractionen mit Ausnahme der Grabowschen.

Königsberg. [Ober-Staatsanwalt von Batocki.] Der Jägerbursche, welcher vor Weihnachten durch seine Fahrlässigkeit die Entladung seines Gewehrs bewirkte, so daß die Ladung in den Rücken des Herrn Ober-Staatsanwalt von Batocki einbrang und denselben heftig beschädigte, wird, nach der „K. Z.“, für seine Fahrlässigkeit ohne Strafe bleiben. Herr von Batocki, der, bekanntlich noch krank, das Zimmer hüten muß, hat bereits erklärt, sich jedes Strafantrages enthalten zu wollen, der nach dem § 198 des Strafgesetzbuchs bei einem Falle, wie der vorliegende, erforderlich ist, um die Untersuchung einzuleiten zu können.

## Deutschland.

München, 9. Febr. [Vom Hofe. — Zur Stimmung.] Die Prinzen Ludwig und Leopold, Söhne des Prinzen Luitpold von Baiern, traten heute die Reise nach Athen an. Der Prinz von Wales und der Prinz Ludwig von Hessen trafen gestern hier im strengsten Incognito ein. Ersterer reist unter dem Namen eines Barons Renferm, letzterer als Graf von Stauffenberg; Beide wurden heute in das königliche Schloß zu Ihrer Maj. der Königin zum Dejeuner geladen. — Der „Volksbote“, welcher die streng-katholische Richtung vertritt, äußert sich höchst günstig über die Schritte, welche jüngst Oesterreich mit andern deutschen Regierungen in Berlin gethan.

Dasselbe Blatt will überdies noch bestimmt wissen, daß im vorigen Monat schon eine wesentliche Einigung zwischen den großdeutsch-gesinnten Regierungen zu Stande gekommen sei. (N. Pr. Z.)

Gotha, 10. Februar. [Der gemeinschaftliche Landtag] der Herzogthümer Koburg und Gotha ist zu Berathung einiger dringlichen Angelegenheiten auf den 17ten d. Mts. nach Gotha einberufen.

Aus dem Fürstenthum Lippe, 8. Februar. [Militär-Convention.] Auf dem jüngsten Landtage ist, der „N. Fr. Ztg.“ zufolge, beschlossen worden, die Regierung zu ersuchen, mit Preußen über den Abschluß einer Militär-Convention, ähnlich der mit Koburg abgeschlossenen, in Berathung zu treten.

## Berliner Briefe.

Wenn man die Fälle der Ueberraschungen und Abwechslungen am politischen Horizonte und am lieben Himmel betrachtet, mit welcher wir jetzt an jedem Tage überfluthet werden, so kommt man unwillkürlich auf den Gedanken, daß die überirdischen Mächte, denen die Ansetzung der Tagesordnung für das Universum obliegt, auch in diesen Tagen sich dauernd in einer Carnevals-laune befunden haben. Freilich ist mit diesen wirklichen Großmächten nicht zu scherzen, denn die plötzliche Eröffnung der himmlischen Schleusen, ohne rechtzeitig den herausgestoßenen Zapfen wieder einzulassen, so daß „die Flüsse, die Eröme schwellen“, ist ein sehr beklagenswerther Einsall, der viel besser unterblieben wäre. Wo soll die Lust und der Frohsinn am Carnival herkommen, bei so vielem Leid und so großem Elend zahlloser Menschen, welche wider Erwarten an dem Grabe ihrer Habe stehen? Aber der Mensch ist eine wunderbare Creatur, er muß seine Zeit erfüllen, er hält in der einen Tasche die mildthätige Hand und in der anderen das frohliche Bewußtsein, das Seinige gethan zu haben und vor Allem — im Trockenen zu sitzen. So wenigstens machen es unsere guten Berliner. Sie haben das beste theilnehmende Herz, aber — jetzt keine Zeit zu großem Mitleid, sie studiren eifrig an jedem Morgen die weitwichtigen Berichte über die Wassernoth in allen Gauen unseres Vaterlandes und sind bereit zu milden Spenden, aber sie richten diese für's Erste ein wenig knapp ein, denn es muß ja Etwas übrig bleiben für die große Reihe von Wohlthätigkeits-Konzerten, Ausstellungen, Verlosungen und dergl. Dinge mehr, welche stets die traurigen Nachfolger solcher Brand- und Wasserchäden sind. Wie beklagenswerth auch an sich solche Unglücksfälle bleiben, so haben sie für den Augenblick unter Anderem für uns den Vortheil, daß nicht alle Wohlthätigkeit ausschließlich der Flottensammlung zugewendet wird, für welche der Zug bereits etwas in der Abnahme begriffen ist. Das Neueste auf diesem Gebiete ist ein gestern im Konzerthalle des künftl. Schauspielhauses veranstaltetes Konzert, zum Besten der deutschen Flotte unter Preußens Führung und — der Boct'schen Stiftung für Wittwen und Waisen von Militärmusikern — welche eine feltame Zusammenstellung: die deutsche Flotte und die Militärmusikanten-Wittwen! Man weiß, daß die Militärs nicht eben für die deutsche Flotte schwärmen, und konnte sich also denken, daß auf diese für den Zuhörerkreis nicht zu rechnen war; in der That war denn im ganzen Saale auch nur — ein einziger Offizier bemerkbar, aber auch die Freunde der deutschen Flotte waren nur in bescheidenster Minorität anwesend, welche von der Schaar der — „Freischützen“ förmlich erdrückt worden. Augenscheinlich handelte es sich für den Hauptkonzert-Arrangeur, Mu-

italienhändler Boct, darum, einige neue Erscheinungen seines Verlages ausführen zu hören, auch wohl seiner Stiftung wieder einige Beiträge zuzuführen. Andererseits war's auf ein Zugmittel spekulirt und als Hilfsmacht Sr. Maj. der Clavierkönig Hans v. Bülow herangezogen, dieser scheint nun aber eine Theilung des Erldses zu Gunsten der Flotte zur Bedingung gemacht zu haben. Leider sind beide Zwecke verfehlt worden, denn das Konzert hat entschieden sehr viel mehr Kosten verursacht, als Geld eingetragen. Das Programm war nicht sehr interessant; man sieht, daß es Zeiten giebt, in welchen selbst die Mitwirkung von Virtuosen, wie der Pianist Hans v. Bülow und der Geiger Jean Becker, beide entschieden hervorragende Erscheinungen, nicht ziehen. Das Interessanteste war die Ausführung der Ouverture zu Meyerbeer's Dinorah, welche in Berlin, unglücklich, aber wahr, zum erstenmale, produziert wurde. Es ist das charakteristisch genug für unsere Kunstzustände, Berlin mußte zwei italienische Operngesellschaften haben, aber neue Opernwerke deutscher Componisten dürfen hier erst das Licht der Lampen erblicken, wenn man sie anderwärts schon zu den Antiquitäten zählt. Wir lernen die „Dinorah“ bruchstückweise kennen, französische und italienische Sängerinnen machten uns mit dem Schattentanz bekannt, und in einem Konzert müssen wir die Ouverture zuerst hören, dafür leben wir aber auch in der „Metropole der Intelligenz und der Kunstgenüsse.“ Man wird vielleicht wähen, daß im Schauspielhaus wenigstens gut gemacht wird, was man in der Oper versäumt; nun, der Wille ist gut, aber das Schauspiel — ist schwach, und oft noch weniger als schwach. Es ist wahr, man findet nicht leicht eine Stadt, in welcher so viele Novitäten erscheinen, als in Berlin, aber auch nicht eine, in welcher der ärgste Schund für noch nicht zu schlecht erachtet wird, aufgeführt zu werden! Unsere zweiten Bühnen haben in dieser Beziehung eine schwere Verantwortlichkeit zu tragen, sie trifft die Hauptschuld an der gänzlichen Verandlung und Verumpfung unseres Dramas, allein diese Sünde wird einigermaßen aufgewogen durch das Bestreben, wenigstens so viel wie möglich Abwechslung zu bieten, während das Hoftheater vornehmlich auf dem Ruhebette seiner früheren, nun aber fast vertrockneten Lorbern ausharrt. Noch hat das neue Jahr keine einzige Novität gebracht, neu einführt erscheinen „die Lebensmühen“, welche noch immer durch ziemlich besuchte Vorstellungen leidlich munter gehalten werden, und „der Stern von Sevilla“, der eben so schnell untergegangen ist, als man ihn vom Nebel der Vergangenheit zu befreien sich angestrengt hat. „Marfa“, eine Tragödie von Heigel und das jüngste Kind der Muse des Rammerherrn Hans Gdler zu Puttk, mehr als das Alles aber fällt das Gaskspiel der Riffiori in das Gewicht, welche Deborah von Mo-

senthal, Judith von Hebbel und ähnliche Charaktere deutscher Dramatiker in italienischer Uebersetzung spielen wird. Lassen wir in dessen die Zukunft, bleiben wir bei der Gegenwart. Da treten uns denn zwei Poffen-Produkte entgegen, welche kaum erschienen, wohl schon der Vergangenheit angehören. Da sind zunächst: „Die Wiederkehr“ von Girind am Friedrich-Wilhelmsschloß und „Seger's Segen“ von Stettenheim am Wallner-Theater. Ein Unbefangener, welcher fremd hierher käme und beide Stücke hintereinander sähe, müßte ernstlich daran glauben, daß es bei den Direktionen, die solche Stücke geben, und bei dem Publikum, welches sie so ruhig hinnimmt, im Oberstübchen denn doch nicht ganz richtig bestellt ist, wenigstens braucht man in der sogenannten Thierposse die ganze Geduld und den ganzen gefunden Menschenverstand dazu, um nicht aus der Haut zu fahren, diesem abgeschmackten und noch dazu feroilen Blödsinn gegenüber, denn in dieser Sudelei, die von politischen Redensarten frogt und ernste Dinge in den Staub der Alltäglichkeit zieht, werden ziemlich alle Parteien angegriffen, nur die Feudalen bleiben verschont — es wird wohl gute Gründe haben. Wir würden das Alles hinnehmen, wenn das Stück nur sonst anzusehen wäre, wenn es Inhalt, Sinn und Verstand hätte, allein so ein destillirter Blödsinn kann höchstens den Berlinern geboten werden. Aber auch hier hat die Langmuth ein Ende, man pfeift und trommelt zwar nicht, wie es sich eigentlich gehört — sondern man übt souveräne Verachtung und geht nicht hinein. Die Wiederholungen finden allabendlich vor leeren Bänken statt und die Thierposse wandelt hoffentlich bald dahin, wofin sie gehört, in den Stall, an dessen Kehricht auch ihr Biß einen ebenbürtigen Stoff findet; sapienti sat. — Weniger braucht man sich der Stettenheim'schen Poffe gegenüber zu erheben. „Seger's Segen“ ist eine Sammlung von Couplets und schlechten Wizen auf dem Faden einer dürrigen Handlung, so eine Poffenfabrikation, von welcher 13 auf ein Dugend gehen. David Kalisch hat diese Sorte von Poffen auf seinem Gewissen, er hat es im Grunde nicht viel besser gemacht, nur fehlt seinen Nachtretern das Geschick, die Schwächen zu verdecken und durch den Zierrath die innere Haltlosigkeit vergessen zu machen; jetzt wo ihm diese Nachtreter fast über den Kopf gewachsen, zieht er sich unzufrieden in einen Schmolzwinkel zurück, doch auch bis dahin erreicht ihn hoffentlich der Ruf derjenigen, welche gern zufrieden wären, wenn sie in einer Poffe wieder einmal herzlich lachen könnten und nicht jede tömische Wendung um den Preis des albernsten Blödsinnes erkaufen müssen; darum rufen wir dauernd: David wo bist Du? Es ist wirklich, bis ob die Poffenschusterei endlich an dem Ziele angelangt wäre, an welchem eine Umkehr zu Besseren unerläßliche Be-



## Oesterreich.

**Wien, 11. Febr.** Die „Wiener Zeitung“ publicirt heute in amtlicher Form die schon in der gestrigen Herrenhaus-Sitzung angemeldeten Ernennungen von dreizehn neuen Pairs, wovon fünf zu erblichen und acht zu lebenslänglichen Mitgliedern dieser Kammer ernannt sind.

**Wien, 11. Febr.** [Herrenhaus.] Die Grafen Hartig, Bouauoi, Larisch, Clam-Gallas, Waldstein, Czernin, die Fürsten Paar, Lobkowitz, Schönborn, Fürstenberg, im Ganzen etwa 15 Herren haben dem Präsidium eine Interpellation übergeben, welche sich auf die ihnen durch die Patronatsämter und bischöflichen Ordinariate zugekommene Anzeig bezieht, daß vom 1. März ab die Leitung und Verwaltung des Kirchenvermögens im Sinne des Concordates den Bischöfen überlassen werde. Die Interpellanten erinnern, daß die Stellung der Kirchenpatrone durch canonische Gesetze geregelt sei, deren Abänderung nur im Wege der Vereinbarung mit der Regierung erfolgen könne. Den Patronen sei von der betreffenden Maßregel nicht im gewöhnlichen Wege, sondern nur durch eine Consistorial-Currende Mittheilung gemacht worden, und wenn man den ohnehin geringen Einfluß der Kirchenpatrone noch weiter beschränken wolle, so müßten daraus Konflikte höchst unangenehmer Art mit den bischöflichen Ordinariaten entstehen. Selbst das Concordat sage die Regelung des Patronatswesens durch eine Vereinbarung zwischen Staats- und Kirchengewalt, so wie die Berücksichtigung der landesüblichen Gebräuche zu. Interpellanten fragen daher, ob und welche Einleitung zu einer geordneten Regelung des Patronatswesens getroffen sei. Der Präsident erklärt, die Interpellation den Staatsministern übermitteln zu wollen. Bei der Fortsetzung der Debatte über den Gesetzesentwurf, welcher die Zuständigkeit der Gerichte und der politischen Behörden für Uebertretungen regelt, werden die ersten 21 Artikel ohne Discussion angenommen. Bei Art. 22 will Graf Leo Thun den Fall der öffentlichen Beschimpfungen oder Mißhandlungen den ordentlichen Gerichten überwiesen wissen, doch bleibt das Amendement ohne Unterstützung, da Polizeiminister v. Meschery und Staatsrathspräsident v. Pichensfeld die Annahme des Commissionsantrages befürworten. Nach Erledigung dieses Gesetzesentwurfes wollte Cardinal Schwarzenberg über obige Interpellation Bemerkungen machen; doch bemerkte ihm der Präsident, daß geschäftsordnungsmäßig eine Debatte über Interpellationen nicht erlaubt ist. Schluß der Sitzung 2 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Der ärgerliche Conflict, der sich in Linz zwischen dem Landes-Ausschusse und dem Statthalter erhoben hat, wird, wie wir vernehmen, in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses Anlaß zu einer Interpellation geben. Es handelt sich dabei bekanntlich darum, daß die Landstände sich 1802 verpflichtet, ihr Haus dem Chef der Regierung, der zugleich ihr eigener Präsident war, zur Wohnung zu geben, wofür die Regierung den Ständen 24,000 Gulden Bancojettel auszahlen ließ. Da aber die Regierung an diese Transaktion weitere Bedingungen knüpfte, auf welche die Stände nicht eingingen, wurde nach langem Hader die Sache dahin erledigt, daß im Jahre 1848 die Landesvertretung den ersten und die Statthalterei den zweiten Stod bezieht, auf welchen letzteren die 24,000 Gulden radicirt wurden. Nach Aufhebung der Verfassung aber occupirte der Statthalter wieder das ganze Gebäude, wie der frühere Regierungs- und zugleich Ständepresident. Im Juni 1861 setzte der Landesauschuß sich wieder in Besitz des ersten Stodes und räumte daselbst auch dem hienographischen Verein, der Seidenkultur-Gesellschaft und dem oberösterreichischen Landwirtschafts-Verein Localitäten ein. Alle diese Gesellschaften, sowie der Landesauschuß selbst, hat jetzt unter Zustimmung des Staatsministers der Statthalter Baron Bach im Wege der Execution delogirt, und sich damit auch in den Besitz jener Möbel und Betten gesetzt, welche das Land vor 6 Jahren zum Gebrauche des allerh. Kaiserhauses angekauft. Ein Hall, den der Statthalter geben will, soll die nächste Veranlassung zu diesem Vorgehen gegeben haben; der Landesauschuß beabsichtigt eine Klage wegen Befristung bei Gericht anhängig zu machen.

Aus Venedig wird uns geschrieben, daß dort jetzt an die Stelle einer Ueberfluthung mit Kupfergeld ein Mangel desselben zu treten droht. Da nämlich die Scheidemünze eine zeitlang weit unter dem Nantnotendwerth stand, wurde dieselbe von Speculanten angekauft, welche bei einer Einlösung im schlimmsten Falle immer noch der Nantnotendwerth, d. h. 30 bis 35 Procent mehr, als sie gezahlt haben, zu erhalten hoffen. Die Folge ist, daß man für den Silbergulden statt 100 höchstens 106 Kupferkreuzer giebt. Wie verlautet, soll von der neuen Kupferscheidmünze in Venedig ein größerer Betrag in Umlauf gesetzt werden, als früher dort circulierte; ebenso sollen Scheidemünzen nicht bloß zu 1, sondern auch zu 2, 3 und 4 Kreuzern ausgegeben werden. Da gleichzeitig die öffentlichen Kassen angewiesen werden, Kupfergeld bis zum Betrage von 25 Kreuzern anzunehmen, hofft man, die größere Hälfte des Kupfergeldes zum Nennwerthe einzulösen.

## Italien.

**Turin, 4. Februar.** [Ein Urtheil über die französische Thronrede.] Während die Thronrede des Kaisers der Franzosen von dem größten Theil der italienischen Presse als Anfang vom Ende der römischen Frage bezeichnet wird, und an einzelnen Orten arrangirte antipapistische Pöbeldemonstrationen derselben zum Echo dienen, erklärt die vielverbreitete und einflussreiche „Gazzetta del Popolo“: „solch Gebahren im mindesten nicht begreifen zu können. „Was soll all dieser Straßenpöbel?“ fragt dieselbe, und „was ist die Veranlassung dazu? Glaubt man damit die französische Regierung zu nöthigen, den Graben zu überspringen? Wenn es nicht in ihrem unmittel-

baren Interesse liegt, so wird sie ihn nicht überschreiten, und zur Stunde liegt es, wie es scheint, nicht in ihrem Interesse. Beurtheilt man die kaiserliche Rede, wie die Börse sie beurtheilt hat, so ist es eher Hauptbestrebniß der Regierung, die Finanzverhältnisse des Landes durch den Frieden zu ordnen und zu stärken, als dieselben durch den Krieg zu compromittiren. Die englischen Journale, die positivsten und getreuesten Unterthanen S. Majestät der Baumwolle, loben dieselbe und finden sie für die Weltstellung höchst günstig.“ Nachdem dieses für den Kaiser und die kaiserliche Politik sonst schwärmende Blatt dennoch zugeben muß, man dürfe den Mann an der Seine nicht nach seinen Worten beurtheilen, da bei ihm das Sprichwort gelte: „Il bel del gioco è far dei fatti e parlar poco“, fährt es also fort: „Erwägt man wohl die Finanzverhältnisse Frankreichs, die Nothwendigkeit eines Anlehens und die Erhöhung der Abgaben, so entsteht die Frage: ist für diese Regierung Friede oder Krieg vorzuziehen? Und es gehört nicht viel Scharfsinn dazu zu antworten: der Friede; darum wird Frankreich auch alles thun, um den Krieg zu vermeiden. Da aber das Ueberpringen des Grabens zu Rom den Frieden compromittiren könnte, so wird es den Sprung vermeiden.“ Ich glaube Ihnen auch diese Anschauungsweise mittheilen zu sollen, da die Argumentationen dieses Blattes beim Bürger- und Gewerbestand allgemein Eingang finden, ja der Ausdruck desselben sind. (A. 3.)

**Turin, 10. Februar.** [Mazzini.] Die „Italia“, das Organ des Rabinets-Präsidenten, bringt einen Artikel für die Zurückberufung des letzten der italienischen Verbannten, Mazzini's, worin es heißt: Denjenigen, denen dieser Name noch ein Schrecken ist, rufen wir zu, daß Mazzini in London gefährlicher ist, als in Turin. Sein Name ist eine Glocke, die in der Ferne stärker, als in der Nähe vernommen wird.... Der Verbannte ist jetzt krank und alt. In seinem Alter verändert man seine Ansichten nicht mehr; doch was thut's! Weil er Italien geliebt hat, seien ihm alle seine Sünden vergeben.

Der mailänder „Lombardo“ erzählt aus Turin, 1. Februar, daß die Zurückberufung Mazzini's in Folge eines Motuproprio des Königs Victor Emanuel beschlossen sei. Zur Wahrung der konstitutionellen Form würden jedoch die Minister im Namen des Parlaments die Rückberufung vom Könige verlangen und dieser sie sodann bewilligen.

## Frankreich.

**Paris, 9. Febr.** [Der große Orient.] Gestern Abend war ein großes Fest im Grand Orient de France. Der vom Kaiser ernannte Großmeister, Marschall Magnan, wurde aufs feierlichste mit seiner neuen Würde betheilt. Die Freimaurer hatten sich alle in großem Costüme eingefunden. Die schwarzen, blauen und rothen Ritter waren in ihren glänzenden, mit Orden besetzten Trachten erschienen; die Maurermeister trugen Schürze und Kelle, oder vielmehr Schärpe, und die Gesellen und Lehrlinge ebenfalls ihr Costüm. Obgleich viele Freimaurer gegen die gesekelte Ernennung Magnan's protestirt hatten, so hatte sich doch eine große Anzahl Ordens-Mitglieder eingefunden. Selbst viele Leute waren anwesend, von denen man gelaubt hatte, sie würden sich nicht beugen. Die Feierlichkeit der Installation fand im „Petit Temple“ statt, da in dem „Grand Temple“ das Banket zu Ehren des neuen Großmeisters stattfand. Der „Petit Temple“, der einen höchst glänzenden Anblick darbot, konnte die Menge nicht fassen, und die Thüren, die zu ihm führen, wurden allem Brauch zum Trost offen gelassen, damit auch die in den Vorzimmern Versammelten der Feierlichkeit anwohnen könnten. Dieses that jedoch derselben einigen Abbruch: es fehlte der geheimnißvolle Anstrich, den sonst geschlossene Thüren hervorbringen. Nachdem Marschall Magnan mit den Insignien des höchsten Grades betheilt worden war, ergriff er das Wort und hielt eine längere, in mancher Beziehung bedeutungsvolle Rede. Er sprach zuerst von der Protestation einiger Ehrwürdigen gegen seine Wahl. Er habe sich aber überzeugt, daß nur eine unbedeutende Minorität gegen die vom Kaiser gemachte Wahl protestirt habe. Er sei übrigens sicher, daß ihn Alle bald loben und ehren würden. Dann auf die Rechtfertigung der kaiserlichen Wahl oder vielmehr des Angriffes des Kaisers in die Rechte der Freimaurer übergehend, suchte er zu beweisen, daß derselbe sich dieses schon hätte erlauben können: „Der Kaiser“ — meinte er — „dem zu dienen er die Ehre habe, sei ein allmächtiger Kaiser, der ein bekanntes Wort Friedrich's des Großen zur Wahrheit gemacht, denn heute könne ohne seinen Willen kein Kanonenschuß in der Welt abgefeuert werden.“ Noch versprach der Marschall, dem Orden seine ganzen Kräfte zu widmen,

daß er will er aber auch die Unterstützung aller Freimaurer, und außer dem großen Orient keine anderen Logen dulden. Er will, wie er sagt, die Einheit in die Freimaurerei bringen, und, wie er mit großer Energie hinzufügte, alle Logen verachten, die nicht zu dem großen Orient halten. Opposition fanden des Marschalls Worte nicht; im Gegentheil; alle Freimaurer, ungefähr 500 an der Zahl, jauchzten ihm Beifall zu. Nach dieser Feierlichkeit begann das Banket, dem ungefähr 400 Personen anwohnten. Das Couvert kostete 15 Franken. Der Marschall selbst wurde von einem Ehrwürdigen an der Hand in den Speisesaal geführt. Derselbe rief beim Eintreten in den Saal mit lauter Stimme: „Le très illustre grand maître son Excellence le maréchal Magnan“, welche Worte mit großem Jubel begrüßt wurden. Derselbe wurde noch größer, als Magnan hierauf an die Freimaurer noch einige Worte richtete, und er versiegte sich sogar bis zur Begeisterung, als der Großmeister nach dem Banket die Runde um den Tisch machte, jedem Freimaurer die Hand drückte, von Freimaurer-Liebe sprach und sich mit einer Herablassung benahm, die Zeden entzückte. (R. 3.)

**Paris, 9. Febr.** Die Diskussion über die Rentenconversion wurde, wie schon bemerkt, gestern beendet, und das von der Regierung vorgeschlagene Projekt nach einer langen und bewegten Sitzung unverändert mit 216 gegen 19 Stimmen angenommen. Es sprach zuerst A. Chevalier, der vom Standpunkte des Freihandels aus das Projekt entschieden vertheidigte. — Dasselbe habe zum Zweck, den Zinssfuß herabzusetzen, und dies sei gerade bei Einführung des französisch-englischen Handelsvertrages eine weitestgehende Forderung derjenigen gewesen, die heute gegen die darauf hinarbeitende Conversion der 4½% Rente sprächen. Der Gesetzesentwurf sei ausgezeichnet, und er, der Redner, werde in voller Unabhängigkeit dafür stimmen. Nach ihm trat Emil Olivier auf. Er suchte als Hauptargument gegen den Entwurf des Herrn Fould, den Bericht des Hrn. Gouin und die Vertheidigung des Herrn Buitry geltend zu machen, daß die gegenwärtige Hausse der öffentlichen Fonds eine unnatürliche, künstlich durch die Regierung gemachte sei. Gegenwärtig sei in Paris und in ganz Frankreich kein Finanzmann, der 3% Rente kaufe und dennoch steige sie. Warum? Weil das Bankiersyndikat vorhanden sei, hinter welchem der Staat kaufe und künstlich die Course halte, denn nur wenn die 3% auf 71 gehalten werde, sei die projectirte Operation möglich. Olivier führt selbst einen Artikel des Strafgesetzbuches an, dem zufolge jeder, der durch betrügerische Mittel den Werth der öffentlichen Papiere über ihren natürlichen Cours hinaus oder unter denselben drückt, mit Gefängnißstrafe von einem Monat bis zu einem Jahre verurtheilt werden soll. Herr Mirès berufe sich gerade so wie Herr Buitry auf die finanziellen Operationen des Herrn v. Billele im Jahre 1825. In Bezug auf das von dem „Moniteur“ am Tage vorher dementirte Gerücht von einer von der Regierung in London beabsichtigten Anleihe bittet sich der Redner nähere Auskunft aus. Das Dementi sei in dem nichtoffiziellen Bulletin enthalten. Die Regierung mache freilich in ihrem Namen kein Anlehen, aber sie möge erklären, ob gewisse Bankiers nicht von ihr Auftrag erhalten hätten, zu 6% ein Anlehen auf dem londoner Plage zu contrahiren. Außerdem stellt er die Frage, ob nicht gewisse Eisenbahngesellschaften gegenwärtig unter der Hand für 100 oder 200 Mill. Obligationen ausgaben, und daß diese Summen gegen Unterpfand von Renten dem Finanzminister oder seinen Bankiers ausgehandelt würden, die wiederum damit die 3% Rente durch ihre Ankäufe über 71 hielten? Olivier empfiehlt dringend als einzige rationelle Abhilfe das Sparen und die Verwendung der Ersparnisse auf productive Ausgaben. Man habe für zwei Milliarden ruhmvolle Kriege geführt, allein vom finanziellen Standpunkte aus betrachtet sei es gerade so, als habe man zwei Milliarden ins Meer geworfen. Dazu komme nun noch eine dritte Milliarde für die eben so unproductive Friedensarbeit der Städteverschönerung. Man erkläre einfach, daß man von nun an aufhören wolle übermäßig zu bauen, übermäßige Ausgaben und Anleihen zu machen, und es werde die 3% von selber steigen und der Credit sich entwickeln, ohne daß man eines Bankiersyndikats bedürfe. Schließlich spricht sich der Redner dahin aus, daß Herr Fould der Reder nicht sei, für den man ihn anfänglich gehalten, er sei eher ein Calonne, der, um die Schwierigkeiten des Augenblicks zu überwinden, die Zukunft verpfände. Was Frankreich Noth thue, sei ein Turgot. Um einen solchen Minister, der als finanzielles Programm aufgestellt habe: kein Bankerrott, keine Steuererhöhung, kein Anlehen, zu vertheilgen, werde man seine Spitzfindigkeiten und zweideutige Argumente hervorbringen müssen. — Die Wohlthat Frankreichs, die überall gependeten Wohlthaten, der gedeihliche Gernerbleib werde für einen solchen Reformator die schönste Belohnung sein. Herr Baroche ergriff nun das Wort, um auf die verschiedenen von Olivier und andern gemachten Angriffe zu erwidern. Die Regierung sei einzig der Agiotage gegenüber bemüht, die Course auf ihrem schon vor dem Auftreten des Conversionsprojekts erlangten natürlichen Standpunkte zu halten, nicht aber sie künstlich zu heben. In London habe die Regierung kein Anlehen gemacht und werde keins machen; es könne aber kommen, daß Kapitalisten, welche dem Finanzminister ihre Mitwirkung versprochen hätten, sich in London zu niedrigerem Zinssuße als in Paris Geld zu verschaffen suchten. Was die Emission von Eisenbahnobligationen anbelange, so habe die Regierung im Ganzen der störenden Arbeit wegen die Emission von 15,000 Obligationen für eine und von 10,000 für eine andere Gesellschaft gestattet; die daraus gewonnenen Summen hätten keineswegs die von Hrn. Olivier angeordnete Verwendung gefunden. Herr Picard fragt Hrn. Baroche, wie hoch sich die Summe belaufe, welche durch das von der Regierung

dingung ist, einmal muß es ja doch kommen!! Die Menschen verlieren denn auch allgemach die Lust am Theater, wenn es nicht ganz außerordentliche Zugmittel sind, die sie reizen, so bleiben sie ganz fort, und so stehen alle Theater leer!

Der Carneval trägt daran keine Schuld, denn der Anlauf, den er genommen, ist bereits im Sande verlaufen. Schon der zweite Maskenball im Victoria-Theater war blutig leer und von einer Gesellschaft besucht, von der man nicht mehr sagen konnte, sie sei gemischt. Im Gegentheil, die Zahl derjenigen, welche fühlten, daß hier nicht ihre Sphäre sei, war so gering und so ganz zurückgezogen, daß man dem Theile der Anwesenden willig das Terrain überlassen konnte, der das stehende Publikum der Berliner Maskenbälle bildet. Da lobe ich mir noch die hohen Politiker in Süd- und Mitteldeutschland, die sorgen noch für echte Carnevalscherze, sie lassen uns eine ganze Menge freilich ziemlich eintöniger Noten zukommen, nach welchen man freilich nicht zu tanzen braucht, zu denen man aber doch von Herzen lachen kann, daß doch noch Humor drin; nur nicht den Humor verloren, das ist die Hauptsache. Ein Hanswurst, dessen Peitschenhiebe tapfer abgewehrt und verdoppelt wieder gegeben werden, zieht sich gewöhnlich schnell in sein Nichts zurück. Wie die Abwehr zu arrangiren, das muß über dem Striche verhandelt werden, dem Feuilletonisten sei nur verstatet, bei dem Bilde des Carnevalscherzes stehen zu bleiben und seine heutige Plauderei mit einer Mahnung an die alte Wahrheit zu schließen: „Die beste Abwehr ist der Hieb!“ M. G.

### Eine Episode aus General Türr's Leben.

Als bezeichnend für so manche und manches mag nachstehend eine Geschichte aus dem Leben des oft genannten und häufig bewunderten ungarischen Emigranten, nunmehrigen piemontesischen Generals Türr hier Platz finden, deren Authentizität, so romantisch sie auch klingt, vollkommen verbürgt werden kann.

Im Revolutionsjahre 1848 trat ein gewisser Hamori, ein gelernter Kaufmann und sehr schöner Mann, in die Reihen der ungarischen Infurgenten. Während des 1849er Feldzuges kam Hamori in das neograber Comitatz, wo er sich in die schöne Tochter eines Grundbesizers verliebte. Das Mädchen theilte die Gefühle Hamori's in dem Grade, daß es sich entschloß, ihm seine Hand zu reichen, und die junge Frau folgte mit ihrem Gatten der Infurgentenarmee, in welcher man ihr den Namen „Türr's Mariska“ (das Artillerie-Mädchen) beilegte. Nach der Waffenstreckung von Vilagos flüchtete sich Hamori mit seiner schönen Frau glücklich auf das türkische Gebiet. Die Eheleute waren vorsichtig genug gewesen, ihre Kosuth-Noten in klingende Münze umzuwechseln, und so kamen sie bald danach mit einer beträchtlichen Summe Geldes in Konstantinopel an, wo sie eine sehr bald mit gutem Erfolge betriebene Mobelwaarenhandlung eröffneten. Ihr Haus stand fast allen ungarischen Emigranten gäthlich offen, und so kam auch Türr, der sich im

ärmlichsten Zustande in der türkischen Hauptstadt aufhielt, gegen Ende des Jahres 1851 zu Hamori, der ihm als treuer Landsmann und Leidensgefährte unentgeltlich Quartier und Verpflegung gab.

Nach ungefähr anderthalb Jahren verschwanden Türr und die schöne Frau Hamori aus dem Hause, indem sie alles baare Geld, sämtliche Schmuck und viele andere werthvolle Gegenstände mitnahmen. Hamori, der seine Frau abgöttisch liebte, setzte alles daran, dieselbe wieder zu erlangen, und nach langen und mühevollen Nachforschungen entdeckte er wirklich ihre Wohnung auf der asiatischen Seite von Konstantinopel. Vergebens war sein Flehen, vergebens sein Versprechen, alles zu vergeben und zu vergessen; Frau Hamori erklärte, ihn nicht mehr zu lieben und Türr unter keiner Bedingung verlassen zu wollen. Jetzt wandte sich Hamori an Türr und erklärte, daß er seine Marie trotz ihrer Treulosigkeit dennoch glücklich wissen und daher, da sie beide Calviner seien, sich scheiden wolle, ihn aber, nämlich Türr, verpflichte, die Verführte zu heiraten. Türr leistete nach längerem Zögern das Versprechen. Die Scheidung erfolgte, und Hamori forderte Türr auf, sein Wort einzulösen. Dieser aber verlieh heimlich Konstantinopel unter Entwendung von 4000 Dukaten, die der schönen Frau Irma (Marie) gehörten.

Nach der Flucht Türr's forderte Hamori seine Frau nochmals auf, zu ihm zurückzukehren; aber auch jetzt weigerte sie sich, worauf sie längere Zeit als Maitresse mehrerer reicher Offiziere lebte, bis sie sich in Konstantinopel als Modistin etablirte, wo sie noch heute unter dem Namen „Türr's Mariska“ bekannt ist, jeden sich nach Italien begebenden Ungarn freundlichst aufnimmt, aber auch Türr durch jeden an die Zurückstellung der 4000 Dukaten erinnern läßt. Die weiteren Schicksale Türr's sind bekannt, und wir kommen zum Jahre 1859. — Hamori, durch seine häuslichen Kränkungen schwer getroffen, wurde brüskant, vernachlässigte sein Geschäft, fallirte und konnte im genannten Jahre kaum mehr so viel Geld zusammenraffen, um nach Italien zu eilen, wo er jedoch erst nach beendigem Feldzuge anlangte. Hamori ließ Türr zum Duell fordern; dieser stellte sich aber nicht. Später machte der unglückliche Gatte die Expedition nach Sicilien mit, ist aber seit dieser Zeit verschwollen. Die Kunde dieser nicht sehr ehrenvollen Episode aus Türr's Leben kam zu Ohren des gewissenhaften ungarischen Infurgenten-Obersten und Flag-Commandanten zu Komorn, jehigen piemontesischen Artillerie-Obersten und Commandanten in der Festung Alessandria, Arlabach, der aus unbekannten Gründen ein unversöhnlicher Feind Türr's ist. Krivacki verschaffte sich mit größerem Gelde die authentischen Documente über die ganze Geschichte, um gegen Türr beim piemontesischen Ministerium aufzutreten und zugleich an die Offiziere der piemontesischen Armee einen Aufruf richten zu können, mit Türr nicht länger zu dienen. Bevor er seinen Voratz ausführte, schrieb er an den (gewesenen) Vicegouverneur des vester Comitatz, Paul Nyari, und beehrte seinen Rath. Nyari antwortete, daß es durchaus nicht an der Zeit sei, sich gegenseitig anzusehen, daß man zum Wohle des Vaterlandes Privatfehle und Vergehen vergessen müsse u. s. o. Unterließ bisher die Veröffentlichung dieser Geschichte. (Frankf. J.)

[Durch die Vermittelung eines Ziegenbocks.] In der „Posener Zeitung“ liest man: „Aus gewiß sehr triftigen Gründen, die jedoch nur den wenigen Eingeweihten, nicht aber dem gemeinen, einfachen Menschenverstande ersichtlich sind, darf Niemand, selbst nicht der zum Kranken eilig

berufene Arzt, oder wer sonst im Falle dringender eiliger Beförderung ist, auf einem der Güterzüge unserer Eisenbahnen befördert werden, und zwar selbst dann nicht, wenn in solchen sich zur Beförderung des Bahnpersonales oder aus was sonst für Veranlassung Personenwagen und in diesen leere Plätze befinden, es sei denn, daß der Bewerber darum hierauf als Begleiter eines Stüd lieben Viehes Anspruch macht. So folchem Ende wird in Piffa (dem sogenannten „polnischen“ Piffa) von einem Inbuitrillen ein Ziegenbock gehalten, den man als Begleiter eines Fahrbilletts auf dem Güterzuge zu 5 Sgr. pro Station mietht. So fuhr jüngst einer unserer bekanntesten Magnaten, Graf B., als Begleiter dieses Ziegenbocks, und noch erst am 31. v. M. der Kaufmann A. aus Görlitz in derselben Eigenschaft von Piffa nach Station Alt-Bogen.

[Die älteste Marketenlerin der französischen Armee.] Therese Jourdan, ist im Alter von 94 Jahren in Jffoudun gestorben. Sie hatte unter Napoleon I. die Feldzüge in Italien und Egypten mitgemacht, der Schlacht bei den Pyramiden und dem Sieg Kleber's auf den Ruinen von Heliopolis beigewohnt. Kaum nach Frankreich zurückgekehrt, marschirte sie mit ihrem Regiment nach Deutschland und befand sich bei den Schlachten von Austerlitz, Jena, Eylau und Friedland; hierauf folgte sie der Armee nach Spanien und Portugal, kehrte dann wieder nach Deutschland zurück und wohnte den Schlachten von Eplingen und Wagram bei; 1812 folgte sie der großen Armee nach Rußland, zog in Moskau ein, und hatte die unerbörten Beschwerden während des denkwürdigen Rückzuges auszuhalten. Trotzdem sah man sie bei Rügen, Baugen und Leipzig und 1815 bei Waterloo; 1825 machte sie den spanischen Feldzug mit, und befand sich von 1830 bis 1834 in Afrika. In letzter Zeit hatten ihr die Offiziere des in Jffoudun garnisontirenden Bataillons eine Pension ausgesetzt.

### Für den Büchertisch gingen nachfolgende Neuigkeiten ein:

Dr. Ed. Antlför, Quintessenz des kaufmännischen Rechnens. Kurzgefaßter Lehrtrag zur Erlernung und Anwendung praktischer mercantiler Rechnungsmethoden für die wichtigsten Zweige des Waarenhandels, der Commission, Expedition und Fabrikation. Zum Gebrauche für Angestellte dieser Branchen, junge Kaufleute und Industrielle, sowie für Schölinge von Handelslehranstalten. 8. (Leipzig, Spamer), Broch. 1 Thlr.

Sanders, Dr. Daniel, Wörterbuch der deutschen Sprache. Mit Belegen von Luther bis auf die Gegenwart. 19. Lieferung, gr. 4. (Leipzig, D. W. Gadsch), Broch.

Gamerling, Robert, Ein Schwanenlied der Romantik. Mit einem Anhange von Hymnen. 8. (Prag, Rober), Broch.

Illustrirtes Haus- und Familienbuch mit Farbenrubildern. Erzählungen, Geschichten und Bilder aus dem Leben, der Natur und der Gesellschaft. Herausg. v. R. M. Dittmar. 1862. 1. Heft. 4. (Wien, typ.-lit.-art. Anstalt), Broch. 5 Sgr.

Germania auf der Wacht. Deutsche Lieder zu Schutz, Trutz und Sangeslust in schwerer Zeit dem deutschen Volk. Gesammelt von Dr. R. F. R. Schneider. Nebst Titelbild: Germania auf der Wacht am Rhein. 8. (Wittenberg, Kölling), Cart. 15 Sgr.



gemachte Vorfassung der Staatskasse zufließen, und unter welchen Courtagen- und Commissionsbedingungen die Regierung sich mit den bewußten Bankiers geeinigt habe. „In dieser Beziehung“, antwortet Herr Barock, „haben wir keine Antwort zu geben.“ Herr Gouin erhält schließlich noch einmal als Berichterstatter das Wort, um namentlich einige Angriffe Königswartens zurück zu weisen. In der nun folgenden Abstimmung werden die vier ersten Artikel ohne weiteren Zwischenfall angenommen. Ueber den fünften Artikel, der auf die Trennung des Budgets, der Einkünfte und der Ausgaben bezieht, wird eine längere Diskussion. Es wollen verschiedene Deputirte und gleichzeitige Trennung des Budgets die Concession nicht auf diesen Werth ausgedehnt wissen. — Namentlich sprechen sich Baron Beauregard und Herr de Velleme in diesem Sinne aus. Er wird übrigens unverändert angenommen, eben so nach einigen Erörterungen über vorgebrachte Schwierigkeiten in der praktischen Ausführung der übrigen Artikel. — Auf Beschluß des Finanzministers sind die Zinsen der Staatsanleihe vom 9. Februar an wie folgt festgesetzt: 3 % für die Bonds von 3 bis 5 Monaten, 3½ % für die Bonds von 6 bis 11 Monaten, 4 % für die Bonds von einem Jahre. (Magd. 3.)

## Großbritannien.

**London, 8. Febr.** [Ein Vertrauensmann gesucht.] Das „Court Journal“ schreibt: „Es giebt keine schwierigere Aufgabe für die Loyalität und Hingebung des gegenwärtigen Ministeriums, als die Art und Weise des zukünftigen geschäftlichen Verkehrs mit der Königin anzuordnen. Vor der Vermählung Ihrer Majestät begab sich Lord Melbourne mit Zustimmung der Führer der großen Parteien im Staate täglich zum Palaste und versah dort die Dienste eines vertrauten Secretärs. Seit Ihrer Majestät zugleich Behercherin des indischen Reiches geworden ist, haben die öffentlichen Geschäfte der Krone bedeutend an Umfang zugenommen. Wir glauben, es ist unter Anderen der Vorschlag gemacht worden, daß in gewissen Fällen, die vielleicht noch von einem andern Cabinets-Minister gegengezeichnete Unterschrift eines Staats-Secretärs genügen soll. Hauptächlich aber würde es darauf ankommen, für die Königin einen vertrauten Diener in der Art zu finden, wie es Sir Herbert Taylor für Wilhelm IV. war. Die Hauptanforderung ist eine passende Wahl für eine solche Stelle zu treffen, ist politische Natur, da die betreffende Persönlichkeit jemand sein muß, zu dem ein liberales und ein conservatives Cabinet das gleiche Vertrauen haben könnten. Denn wenn mit jedem Ministerwechsel aus dieses Amt wechselte, so würde das ungeheuer viel Sorgen und Unbequemlichkeiten für die Königin zur Folge haben. Vielleicht möchte es dem Einflusse, dessen sich der König der Belgier unter den hervorragenden Staatsmännern des Tages erfreut, gelingen, eine vollständige Uebereinstimmung hinsichtlich der Wahl eines Gekommenes oder anderen Gentleman für diesen wichtigen Posten herbeizuführen, wenn man sich schließlich für das von uns angebotene Auskunftsmittel entscheidet und dasselbe Ihrer Majestät genehmigbar wäre. Wie es heißt, gedenkt die Königin Valmore in diesem Jahre früher zu besuchen, als gewöhnlich. Sie würde ungefähr um Pfingsten abreisen und etwa einen Monat auf ihrem Landhause in Aberdeenshire verweilen. Es ist die Verabredung getroffen worden, daß, wenn die Vermählung der Prinzessin Alice stattfindet, Ihre königl. Hoheit so lange in Frogmore bleiben, bis der Prinz Ludwig sein Erbtheil empfängt, damit die Königin nicht einer so großen Stütze und Tröstung, wie ihre königliche Tochter ihr bisher gewesen ist, beraubt werde.“

**London, 10. Febr.** [Annerkennung der amerikanischen Secessionskisten.] „Daily News“ sagt: „In den letzten paar Wochen hat man in gewissen Kreisen mit Zuversicht behauptet, daß die amerikanischen Secessionisten bereit seien, für die Anerkennung ihrer staatlichen Unabhängigkeit folgende Zugeständnisse zu bieten: 1) Freihandel auf 50 Jahre; 2) Verbot des Sklavenhandels; 3) Emanzipation aller nach dem Datum des Vertrags geborenen Sklavenkinder. Der Handel läuft auf Folgendes hinaus. Wir sollen auf der Stelle eine gewisse Quantität sehr werthvoller Waare in eine große Ferne abliefern, und uns, wegen der zukünftigen und entlegenen Zahlung, auf die Ehre einer Anzahl Gentlemen verlassen, von denen wir sehr wenig wissen, welches Wenige obenstehendes nichts Gutes ist. Wir können den südstaatlichen Bevollmächtigten sagen, wenn sie wirklich einen Vorschlag der Art zu machen gedenken, daß das englische Publikum denselben nie annehmen, noch seine Annahme gutheißen wird, und zwar aus zwei Gründen: 1) daß Herr Jefferson Davis und sein Congress, nach ihrer eigenen Versicherung, keine Befugnisse haben, ein solches Uebereinkommen zu treffen, und 2) daß, selbst wenn sie diese Befugnisse hätten, die „einzelnen Staaten“ das Uebereinkommen nicht halten würden. Nach der Verfassung des Südens ist der Sklave nichts als ein Stück Privateigentum, wie der Ochse oder die Kuh, das Pferd oder der Esel. Die Verfassung verbietet dem Staat, sich irgend ein Privateigentum anzueignen, außer wenn es zum allgemeinen Besten, und nicht ohne anständigen Ersatz geschieht. Damit die südliche Regierung befugt werde, ein Uebereinkommen wie das angebotene zum Gegenstand der Unterhandlung zu machen, müßte in die Verfassung vorerst ein Artikel eingeschaltet werden, welcher die Central-Regierung der Südstaaten ermächtigt, nach ihrem Gutdünken die Emanzipation der Sklaven zu decretiren. Dann ist im Süden der Pöbel eine wirkliche Macht und hat seit 30 oder 40 Jahren die Sklavengesetze selbstständig ausgelegt und vollstreckt. Er verbrennt Neger lebendig, die sich am weißen Herrn vergreifen; er hat Tausende von Weißen, wegen sklavenfeindlicher Gesinnung gehetzt, von Haus und Hof in die Verbannung getrieben; er hat in Charleston sieben Farbigen von britischen Schiffen genommen und ins Loch gesteckt, wo er blieb, bis das Schiff wieder abging. Das südstaatliche Publikum würde die Emanzipation junger Neger, die tragt einer unter dem Druck des Krieges und zur Befriedigung des englischen „Fanatismus“ geschlossenen Uebereinkunft gesehen sollte, als einen Raub ansehen und jeden Sklavenhalter, der sein „Eigentum“ festhielte, von ganzer Seele unterjochen. Die südstaatliche Regierung müßte nicht nur stärker als jede andere Regierung der Welt, sondern geradezu verrückt sein, um im ersten Jahre ihrer Existenz ihre Bürger zur Beobachtung einer solchen Convention, zur Vereitelung dessen, weshalb sie sich von der Union losgesagt, zwingen zu wollen. Und wir? Würden wir Krieg führen, um die kleinen Neger zu befreien? Oder würde der Krieg zu etwas nützen? Die Frage beantwortet sich selbst.“

## Mexiko.

[Die mexicanische Expedition.] Die „Patrie“ hat Privatnachrichten aus Vera-Cruz vom 11. Januar. Sämtliche Truppen waren gelandet und vollkommen gut untergebracht. Vice-Admiral Jurien de la Graviere hatte nach allen Antillen Transportschiffe ausgesandt, um Schlachtvieh herbei zu schaffen. Diese Fahrzeuge wurden vor Anfang Februar nicht in Vera-Cruz zurück erwartet. Erst um diese Zeit wird man daselbst auch Kenntniß von der Ernennung des Generals Lorencez und von einer von Cadix abgegangenen Depesche erhalten haben, welche, wie die „Patrie“ sagt, den verbündeten Befehlshabern vorschreibt, vor seinem Eintreffen keine Operationen zu beginnen. General Lorencez, der am 28. Januar abgefahren ist, wird vor Ende Februar nicht ankommen, und erst in der ersten Hälfte des März werden die Allirten den Marsch gegen Mexico antreten können. Nach Berichten aus der Hauptstadt Mexico sorgte General Doblado möglichst für Aufrechterhaltung der Ordnung. Er hatte auch verschiedene strategische Punkte, wie Puebla, das Fort Perote, Chiquita und Orizaba besetzen lassen, scheint jedoch von der Unmöglichkeit eines erfolgreichen Widerstandes von vornherein überzeugt zu sein.

## Provinzial-Beitrag.

**Breslau, 12. Februar.** [Tagesbericht.]

— Nach allerhöchster Genehmigung soll auch das letzte bisher zur Prämierung von Spartassen-Interessenten verwendete Viertel des jährlichen Zinsgewinnes der Provinzial-Hilfskasse zu öffentlichen und allgemeinen wohltätigen Zwecken innerhalb der Provinz verwendet werden.

— Laut Bekanntmachung des königl. Polizei-Präsidiums ist beigelegt worden: 1) dem Theile der jetzigen Magazinstraße von Nr. 1 bis an die westliche Seite der Schwerstraße der Name „Berliner Platz“; — 2) dem anderen Theile der jetzigen Magazinstraße bis zu dem Plage an ihrem westlichen Ende der Name „Berliner Straße“; — 3) dem freien Plage am Oberbleichen Bahnhofe, welcher an die Stelle der früheren Angerstraße getreten ist, zwischen der Flur- und der Reichstraße, der Name „am Oberbleichen Bahnhofe“; 4) der neuen Straße, welche diesen Platz mit der Tauenjartenstraße verbindet und am alten jüdischen Begräbnißplatze vorbeiführt, der Name „Claffen-Straße“.

§ Die constitutionelle Ressource im Weißgarten“ hielt gestern eine außerordentliche Generalversammlung ab zur Erledigung verschiedener, vom Vorstande gestellter Dringlichkeits-Anträge. Einstimmig wurde beschlossen, das Gesellschaftsjahr solle künftig mit dem 1. Oktober beginnen,

weil die Theilnahme im Winter reger zu sein pflegt, als in der Saison von Ostern bis Michaelis. Ferner wurde das Mandat des gegenwärtigen Vorstandes bis zum September verlängert, in welchem Monat fortan die jährlichen ordentlichen Generalversammlungen abzuhalten sind. Auch der diesmalige Rechnungsabluß ist bis dahin vertagt. Soweit stießen die Propositionen des Vorstandes auf keinerlei Schwierigkeiten. Anders war es mit der projektirten Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. Man fragte nach den Gründen des beabsichtigten Zuschlages, und opponirte ziemlich scharf gegen die in Aussicht genommenen Ertragsveränderungen, namentlich gegen die Theater-Vorstellungen, welche bei der eigenthümlichen Beschaffenheit der Springerschen Saalbahne immer nur einer verhältnißmäßig geringen Fraktion der Gesellschaft zu gute kämen. Da indeß der Vorstand mit der Erklärung herausrat, daß auch sonst wie in manchen staatlichen Finanzen über kurz oder lang ein Deficit in der Ressourcen-Kasse zu befürchten sei, wenn ihr nicht durch patriotische Opferwilligkeit neue Mittel zufließen, so wurde die Frage getrennt. Man fügte sich in die Erhöhung des jährlichen Mitgliedsbeitrages von 1 Thlr. auf 1 Thlr. 10 Sgr., welcher von Ostern ab in halbjährigen Raten à 20 Sgr. eingezogen werden soll, bezieht jedoch für Extra-Familien-Billetts den jährlichen Beitrag von 10 Sgr. bei. Nach einer längeren Debatte über die Theaterangelegenheit wurde das Arrangement dem Vorstande überlassen, unter der Voraussetzung, daß scheinliche Vorstellungen nicht öfter als von 4 zu 4 Wochen wiederkehren dürfen. Eine sehr ansehnliche Minorität war gegen fernere Theater-Aufführungen, weil selbige die Unterhaltung bei den Ressourcen-Concerten beeinträchtigen. Zu Rechnungs-Revisoren wurden seitens der Versammlung ernannt, die Herren Rechnungs-Rath Sped und Steuer-Einnehmer Haff; zum event. Stellvertreter ist Herr Kaufmann Stempel sen. designirt.

— Am 9. d. feierten der hiesige „Gabelsberger Stenographen-Verein“ und der „atabemische Stenographen-Verein“ den Geburtstag ihres Meisters Franz Xaver Gabelsberger durch Festsammlungen, jener im Friedrichs-Lokale (Mauritiusplatz), dieser in der Oppenheim'schen Restauration (Ring Nr. 1). Erhoben wurde die Feier durch heitere Toaste auf den Meister und seine Kunst, auf Stenographen und „Stenographinnen“. Beide Vereine begrüßten sich gegenseitig durch Deputationen; der atademische Verein sandte den zu Dresden im Hotel de Bologne zur selben Zeit versammelten Kunstgenossen, den Mitgliedern des königl. sächsischen stenographischen Instituts ein „Snollis“ per Telegraph zu, welches sofort mit einem „Fiducit“ und „hoch dem verehrten Meister!“ erwidert wurde.

— Am gestrigen Abend fand, wie alljährlich, im Casper'schen Lokale von der Stabs-Compagnie des uniformirten Veteranen-Corps der arrangirte Ball statt. Der Saal war sinnig mit militärischen Emblemen verziert. Die Herren Oberst v. Falkenhäusen, Oberlieutenant Medel v. Hemsbach, so wie eine Anzahl Offiziere und viele geladene Gäste erfreuten das Fest mit ihrer Gegenwart.

— Die Wasser-Gefahr in den Ortschaften unterhalb Breslau's ist während der letzten Tage auf den höchsten Grad gestiegen. Bis in die Keller des gräf. Lazaretti'schen Schlosses waren die Fluthen eingedrungen. Wie wir hören, ist eine Abtheilung Pionniere aus Reisse requirirt, um die Eisverfestungen bei Maltz zu sprengen.

— Wie großartig die Eisverfestung bei Maltz sein mag, geht daraus hervor, daß der Strom dort überaus langsam fällt und noch immer den hohen Wasserstand vom 19. April 1855 übertragt. Das Wasser stand gestern früh um 6 Uhr 20' 7", Nachmittags 1 Uhr 20' 6", Abends 6 Uhr 20' 2" und gestern um 6 Uhr früh 19' 5". Der Wind wehte noch immer Nordwest, und war wie bei uns Schneefall eingetreten. Der Strom geht stark mit Grundeis.

— Nach den Berichten, den Wasserstand der Oder betreffend, ist hier sowie oberhalb ein fortgesetztes Fallen bemerkbar. Hier zeigte der Unterpegel heute früh 8 Uhr 9' 8", Mittag 12 Uhr 9'. Der Oberpegel heute früh 17' 3", heute Mittag 2 Uhr 16". Der scheinbare Wasserpegel zeigte heute Morgen 9 Uhr 17' 6", sonach ein Abfall von 8". — Das Treibeis, welches sich bei dem Antriebe am Strauchwehr stauen mußte, hat sich dennoch einen Durchgang nach der alten Oder gesucht. Trokdem von vielen Gegenden das Wasser sich bedeutend zurückgezogen hat, ist dennoch der Verkehr gehemmt, allein es wird alles aufgeboten, um denselben herzustellen. Vom Schäferdam bis zur Gröschelbrücke, vom Steindamm bis zu den marienauer Dämmen, sowie auf der schwaibischer Straße werden von hundert rührigen Händen die Wege von dem darauf abgelagerten Eislücken befreit. Ebenso ist die Zedliger-Straße noch über 2' bis zum Busche unter Wasser. Die rosenbaler Brücke soll morgen allem Vernehmen nach wieder dem öffentlichen Verkehr übergeben werden, worauf die Gröschelbrücke sofort in Reparatur genommen werden soll.

§ [Eisgepöller.] Das Hochwasser hat an den Zweigen und Stämmen der Bäume seine Eisreste zurückgelassen, die durch das allmähliche Fallen und Wiebergefrören und durch die Formen der Stämme und Zweigeweirer mitunter die seltsamsten fabelhaften Figuren angenommen haben, welche an die Abbildungen der isländischen Eisgrotten erinnern, die man kürzlich in dem hier aufgestellten photographischen Cabinet zu sehen bekam. Eine dieser absonderlichen Gestalten kann der Leser ganz in der Nähe zur Schau haben, es ist der vorigen Jahr vom Ufer in den Fluß geplante Weidenstamm am Wehre in der weißen Ohlau unweit der Ziegelthorbrücke.

§ Einige Beamte der Criminalpolizei hielten in der Nacht vom Sonntag zum Montag bei verschiedenen Personen in hiesiger Stadt, die als Hehler berüchtigt sind, Hausdurchsuchungen ab, welche ein sehr günstiges Resultat ergaben. Es wurden die verschiedenartigsten Gegenstände vorgefunden, namentlich rohe Wolle, Kleiderstoffe u. dgl., im Werthe von gegen 300 Thlr. und es ist auch bereits gelungen, die Eigenthümer der entwendeten Sachen zum größten Theile zu ermitteln, worauf dieselben ihnen zurückgegeben werden konnten. Es sind zwei als Diebe bekannte Individuen: Vater und Sohn und zwei Hehler verhaftet worden. — Auf der Friedrich-Wilhelms-Straße kam gestern eine Droschke im schnellen Trab angefahren und erreichte ein etwa fünfjähriges Mädchen, welches gerade den Fahrdamm passirte. Das Pferd riß die kleine zu Boden und der Wagen ging ihr dann über beide Beine. Vorübergehende sprangen eilends herbei und hielten das Pferd auf, worauf das arme Kind unter der Droschke hervorgezogen wurde. Dem Ansehen nach hatte es sehr erhebliche Quetschungen davongetragen und mußte in Folge dessen nach Hause getragen werden.

**Breslau, 12. Febr.** [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Kirchstraße Nr. 20 eine vergoldete Uhrkette von Tombak; Gartenstraße Nr. 23 d. zwei große gelbgefiederte Cochinchina-Hühner; Vorwerkstraße Nr. 1 c. ein schwarzes, mit karriertem Gaze gefüttertes Tüllkleid mit weiten Ärmeln und Sammtbesatz, ein braunwollener gestreifter Frauenrock nebst dazu gehöriger Taille und ein blauwollener Frauenrock ohne Taille; Schweinberg-Straße Nr. 11 ein grauer Duffelmantel mit grauem Wälschbesatz; Wallstraße Nr. 14 b. ein grauer Duffelmantel mit schwarz und weiß karriertem Futter; auf der Schubbrücke von einem Wagen ein Koksbaarschiff, mit blauem Tuche überzogen und mit weißer Schnur befestigt; Ring Nr. 38 zwei Rabenpaletot von blauem Tuch, mit bunt gesticktem Pardon gefuttert; Vorderbleiche Nr. 4 ein brauner Chinchilla-Überzieher mit schwarzem Sammtfutter, ein Paar schwarze Buxtin-Handschuhe mit hellrothem Futter und ein weißes Taschentuch; Sandstraße Nr. 12 ein schwarzes Tüllkleid, mit schwarzem Rattum gefuttert und mit schwarzem gerippten Kamelot befestigt, zwei weiße gestickte Unterröde und ein weißer kurzer Kinderunterrock; Neugasse Nr. 13 zwei Stück an der Hausthür befestigt gewesene sechsständige messingene Thürklinen; Hinterhäuser Nr. 22 ein Dedbeut mit blau gestreiften Zuleiten und weiß und roth karriertem Überzuge, zwei Kopfkissen, beide mit blau gestreiften Zuleiten, eins derselben mit blau und weiß karriertem Überzuge, ferner ein Saal mit Federn.

Verloren wurde: eine goldene Tuchnadel mit einem in grauem Stein geschnittenen Wappen.

Verloren wurden: ein mit sechs Dienststücken versehenes, auf Theresia Jansch lautendes Gesindebündel; ein Portemonnaie mit 20 Sgr. Inhalt und ein Schlüssel.

Gefunden wurden: ein Gummischuh, ein Entreebrüder, zwei Stück durch ein Bandchen an einander befestigte Schlüssel, ein Schlüssel.

Gefunden wurde: eine schwarze Tuchmütze.

[Wettelei.] Im Laufe letztverfloßener Woche sind hierorts 13 Personen durch Polizei-Beamte wegen Bettelns aufgegriffen und zur Haft gebracht worden. (Pol.-Bl.)

§ **Jauer, 12. Febr.** Es mögen wohl schon über 1½ Jahr verfloßen sein, als die Stadtverordneten einen Rathsherrn zu wählen hatten. Die Wahl traf einen hiesigen ehrenwerthen, verständigen, erfahrenen und hochgeachteten Mann, den Rathsherrn Reib, der aber Dissident ist. Seitens der königl. Regierung zu Regensburg wurde die Bestätigung verweigert. Eine Neuwahl hatte wieder dasselbe Resultat und auch abwärts verweigerte die königl. Regierung ihre Bestätigung. Die Stadtverordneten beschloßen hierauf in dem vorgeschriebenen Instanzenwege vorzugehen und die Bestätigung ihrer Wahl bei dem betreffenden Ministerium nachzusuchen. Obgleich nun eine sehr lange Zeit verstrich und Viele schon an einem günstigen Entschiede zweifeln wollten, ist jetzt dennoch die Bestätigung des Herrn

Reib zum Rathsherrn erfolgt und wird seine Einführung demnächst erwartet.

§ **Sagan, 10. Febr.** [Jubelhochzeit.] Am 4. Febr. d. J. feierte das hiesige Fräulein Ehepaar in Mednitz bei Sagan seine goldene Hochzeit im engsten Familien- und Freundeskreise, wobei ihm von vielen Seiten Beweise von Liebe und Achtung dargebracht wurden. Auch Ihre Durchlaucht die Frau Herzogin von Sagan ließ das Jubelpaar mit ihrem Bildniß beschenken. Bereits vor 7 Jahren hatte der Jubilar sein 50jähriges Amtsjubiläum als Forstbeamter im Dienste Ihrer Durchlaucht gefeiert, und befindet sich derselbe noch kräftig genug, um mit freudiger Hingebung auch ferner im activen Dienst thätig zu sein.

§ **Landeshut, 11. Febr.** [Vorschul-Verein.] Am vorigen Sonntage constituirte sich hier ein Vorschul-Verein, der gegenwärtig 65 Mitglieder zählt und durch die Güte der Herren Gebrüder Metbner, welche 500 Thlr. zur Disposition stellten, sofort seine Thätigkeit beginnen kann. Der Vorstand besteht gegenwärtig aus den Herren Dir. Dr. Kayser, als Vorsitzenden, Reallehrer Feuerstein, als Schriftführer, und dem aus neun Mitgliedern bestehenden Ausschuss (den Herren Haesler, Oberle, Frieze, Adler, Klenner, Jentsch, Edold, R. Böhl, Cottas.) Das Amt des Kassiers blieb noch unbesetzt.

§ **Reichenbach, 12. Febr.** [Der Handwerksstand.] Einer unserer Deputirten hat bei seinem Interesse für die Hebung des Handwerksstandes außer einer größern Unterstützung für die Sonntagschule der Lehrlinge wiederum 10 Thlr. zur Prämierung der besten Schüler geschenkt. Zur Bewerbung werden bloß diejenigen zugelassen, welche im laufenden Jahre frei werden und während voriges Jahr die Prämien-Commission in der einen Klasse versucht war, gar keine Prämie zu geben, ist sie in derselben Klasse jetzt verlegen, welcher der 7 Candidaten ausgeschlossen werden soll. — Es kommen auch Lehrlinge aus den Dörfern in die Schule, dagegen fehlen leider viele von den 162 Lehrlingen der städtischen Meister und gegen diese will man vorgehen gemäß einem § des Gewerbegesetzes von 1845, wonach der Meister verpflichtet ist, für Nachhilfe bei mangelhafter Elementar-Bildung seiner Lehrlinge zu sorgen. Die letzte betreffende Ministerial-Bef. schließt bloß das Einschreiten gegen apathische Meister auf Grund ortstatutarischer Bestimmung aus. Man hofft auf die kräftigste Unterstützung der Regierung: wenn die Lehrlinge aus der Elementarschule in die Sonntagschule kommen, gehindert werden, alles Erlernte wieder zu vergessen, wird sich der Segen im Handwerksstande bald zeigen. — Uebrigens soll der Zufluß von neuen Lehrlingen hier sehr gering sein. Schließlich die folgende Zusammenstellung durch einen unserer Abgeordneten. Im Jahre 1846, zur Zeit der Gewerbefreiheit, kamen auf 484 Preußen 10 Handwerksmeister und 100 Meister hielten 82 Gesellen. Nun kam 1849 die Gewerbebeschränkung und 1858 kamen auf 324 Preußen 10 Meister und 100 Meister hielten bloß 69 Gesellen.

— **Rosel, 11. Febr.** Auf unserem Eisenbahnhofe gerieth gestern das Papp-Dach des Lokomotiv-Schuppens in Brand, welches aber bald bemerkt und im Entstehen unterdrückt worden ist. Ein Mangel in der baulichen Einrichtung der Feuerungs-Anlagen in dem erwähnten Gebäude scheint den Brand herbeigeführt zu haben. — Diejenigen Einwohner aus unseren Oberdörfern, welche durch die Ueberschwemmung der vorigen Woche gelitten haben, hört man am meisten darüber klagen, daß ihnen die wenigen, jetzt so unentbehrlichen Brennholzvorräthe fortgeschwommen und die Kartoffeln in den Gruben durch das eingedrungene Wasser beschädigt worden sind.

[Notizen aus der Provinz.] \* **Ödlich.** Bei dem am Montage den 10. d. M. hier abgehaltenen Viehmarkte waren 288 Pferde, 519 Stück Kinde, 115 Schweine und 3 Kälber zum Verkauf ausgestellt.

\* **Hirschberg.** Die Schlittenpartien nach den Grenzbauden scheinen noch immer im Gange zu sein, denn Hr. Blafschke kündigt für den 15. Febr. ein großes Instrumental-Concert unter Mitwirkung des marschendorfer Gesangsvereins an.

§ **Greiffenberg.** Schon vor der hirschberger Konferenz haben, wie der „Vote“ berichtet, unsere städtischen Behörden beschlossen, zu dem Bahnhöfen circa 30 Morgen unserer Communal-Acker kostenfrei herzugeben. Außerdem sind bis jetzt circa 4200 Thlr. freiwilliger Beiträge gesammelt worden, und es haben sich daran selbst Unbemittelte mit ihren kleinen Beiträgen betheiliget. Ein hier zusammengetretenes Comité wird zunächst die weitere Zeichnung freiwilliger Beiträge, besonders von den Bewohnern der Umgegend, anstreben. Einige Grundbesitzer haben bereits namhaft gezeichnet, andere ihren Beitrag fest zugesagt. — Schon im Jahre 1853 trug Greiffenberg 200 Thlr. zu den Explorationskosten der Bahnlinie bei und zeichnete später für 30000 Thlr. Aktien.

## Handel, Gewerbe und Ackerbau.

\* **Breslau, 7. Febr.** [Die Verwaltung der „Königshütte.“] Unter „Handel, Gewerbe und Ackerbau“ enthält die Nr. (61) der Breslauer Zeitung einen Artikel, in welchem die Verwaltung der Königshütte in Oberschlesien, wegen angeblicher Verschleuderung der Stabeisen-Fabrikate und der dadurch herbeigeführten Benachtheiligung der Privat-eisenwerke und der Eisenhändler mit harten Vorwürfen überhäuft wird. Die in diesem Artikel angeführten tatsächlichen Behauptungen sind fast ohne Ausnahme unrichtig, und folglich auch die daraus gezogenen Schlüsse hinfällig. Ich bin zufällig in den Stand gesetzt, Ihnen hierüber zuverlässige Mittheilungen zu machen, und ersuche Sie, zur Vermeidung irriger Meinungen über den Geschäftsbetrieb der Staatshüttenwerke, diesen Zeilen einen Platz in Ihrem geschätzten Blatte zu gewähren.

Es ist nicht richtig, daß die Eisenbahnverwaltungen in diesem Jahre ein, das vorjährige weit übersteigendes Quantum von Eisenbedarf ausgeschrieben hätten, im Gegentheil ist dies bis jetzt viel geringer, als in den Vorjahren. Schienenlieferungen, die hierbei besonders ins Gewicht fallen, sind von der Oberschlesischen Eisenbahn, welche als die zunächst liegende besonders in Betracht kommt, für dieses Jahr gar nicht ausgeschrieben worden, und wird dies dem Vernehmen nach auch nicht beabsichtigt, während diese Bahn im vorigen Jahre von der Königshütte ein Quantum von 54,000 Centner Schienen bezogen hat. Die Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn, welche von demselben Werke im vorigen Jahre 45,000 Ctr. Schienen anfertigen ließ, hat bis jetzt für dieses nur 22,500 Ctr. ausgeschrieben. Von größeren Schienenlieferungen für andere Bahnen, bei denen die schlesischen Walzwerke konkurriren könnten, ist uns nichts bekannt geworden; die Lieferung für die neue pommerische Bahn, welche im vorigen Jahre ausgeschrieben wurde, ist binnen Kurzem beendet.

Gegen diesen Ausfall verschwindet der zufällige etwas größere Bedarf der Eisenbahnen an kleinem Materialeisen.

Es ist ferner nicht richtig, daß die meisten Privatwerke (d. h. solche, die Stabeisen fabriziren, und um diese handelt es sich hier) in der letzten Zeit lediglich um der Erhaltung ihrer Arbeiter willen fortgearbeitet hätten. Jeder, der mit den Verhältnissen näher bekannt ist, weiß, daß der Druck der schlechten Eisenkonjunktur fast allein auf den Hofeisenbesitzern lastet, daß dagegen die Walzwerkbesitzer bei einem Ankaufspreise des Roheisens von 1 Thlr. 2½ bis 4 Sgr. für den Ctr., wie er im vorigen Jahre durchschnittlich gehandelt hat und bei einem Stabeisenverkaufspreise von circa 3 Thlr. netto für gewöhnlich Eisen größtentheils noch ein ganz gutes Geschäft machen.

Deshalb ist auch ferner nicht richtig, daß an einen weiteren Rückgang der Eisenpreise nicht zu denken gewesen wäre, wie es denn auch notorisch ist, daß ein vor Kurzem in Oberschlesien neu in Betrieb gekommenes Walzwerk, nach Abzug aller Vergütungen, mit kaum 2½ Thlr. für den Ctr. loco Werk sein Stabeisen allerwärts angeboten hat.

Eben so ist es unrichtig, daß die Königshütte durch schon sehr niedrige Preise im vorigen Jahre die Eisenhändler zum Ankauf verlockt habe, und jetzt durch weitere Herabsetzung der Preise deren Lager entwerthe. Die Königshütte hat im vorigen Jahre keine niedrigeren, sondern höhere Preise gehabt, wie die meisten anderen Werke. Zudem hat die Production dieses Werkes, wie aus den oben angegebenen Zahlen hervorgeht, zum bei weitem größten Theile aus Eisenbahnschienen bestanden, während die Fabrication von gewöhnlichem Stabeisen eine sehr untergeordnete war. Wir haben wohl gehört, daß die Kaufleute klagen, von der Königshütte nichts bekommen zu können; Jemand, der behauptete, von derselben zum Ankauf von Stabeisen verlockt worden zu sein, möchte sich dagegen schwer auffinden lassen.

Vor allem ist es aber unrichtig, daß die Königshütte mit 2 Thlr. 24 Sgr. für den Ctr., nach Abzug aller Bonifikationen, Nabatt u. loco Werk Stabeisen verkaufe. Wie sie verkauft, ergeben die Jedem zugänglichen Preiscourante, und wir berufen uns auf das Zeugniß aller Abnehmer der (Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.







Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung.

Als mutmaßlich gestohlen sind am 15. Dezember v. J. hier in Beschlag genommen worden:

- 1) ein goldenes Glieder-Armband mit mattem Aufsatze,
- 2) ein silbernes zum Theil vergoldetes Glieder-Armband mit mattem silbernen Aufsatze,
- 3) ein goldenes Collier mit 13 Granaten und 3 Perlen,
- 4) ein Paar goldene Ohrringe mit Gehängen,
- 5) ein goldener Ring mit drei Steinen, auf denen die Zeichen von Glaube, Liebe, Hoffnung,
- 6) ein goldener Trauring, gezeichnet F. K. d. 14. July 1858,
- 7) eine ganz neue Brille mit feiner Metall-Einfassung,
- 8) ein Paar Steinfohlen-Armbänder,
- 9) ein schwarzseidenes und ein buntseidenes Kleid,
- 10) eine schwarzseidene Mantille, ein graugestrichenes und ein braunwollenes Umschlagetuch, ein schwarzer Muff, ein weiß- und rothwollener Damenhalbwärmer und ein weißleinenes Taschentuch, gez. M. H.

Die unbekannten Eigentümer werden aufgefordert, sich in dem Verhörzimmer Nr. 4 des unterzeichneten Gerichts zu melden. Kosten entstehen hierdurch nicht.

Breslau, den 6. Februar 1862.  
**Königliches Stadt-Gericht.**  
Abtheilung für Strafsachen.

Bekanntmachung.

Das erbbauliche Liquidations-Verfahren über den Nachlaß des Klemptnermeisters Johann Peter Petersen hier ist beendet.

Breslau, den 8. Februar 1862.  
**Königl. Stadt-Gericht.** Abtheilung I.

Konturs-Eröffnung.

**Königl. Kreis-Gericht zu Leobischütz.**

Leobischütz, den 9. Febr. 1862, Vorm. 11 Uhr.  
Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Christoph Walter** zu Ratibor ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungs-Einstellung  
**auf den 27. Januar 1862,**  
festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann A. Pleßner zu Ratibor bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem  
**auf den 22. Februar 1862, Vorm. 11 Uhr,** in unserem Gerichts-Lokal, Terminszimmer Nr. 14, vor dem Kommissar Herrn Gerichts-Assessor Kolliß anzuerscheinen.

anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Vertheilung dieses Vermögens oder die Bestellung eines andern einstweiligen Verwalters abzugeben.  
Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, Nichts an denselben zu verabsagen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände  
**bis zum 10. März 1862** einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen, und Alles mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern.

Personen, welche mit denselben gleichberechtigten Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Papiere nur Anzeige zu machen.  
Zugleich werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte,  
**bis zum 10. März 1862** einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden, und demnach zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals  
**auf den 22. März 1862, Vorm. 11 Uhr,** in unserem Gerichts-Lokal, Terminszimmer Nr. 14, vor dem Kommissar Herrn Gerichts-Assessor Kolliß zu erscheinen.

Nach Abhaltung dieses Termins wird geeigneten Falls mit der Verhandlung über den Konkurs verfahren werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.  
Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.  
Denjenigen, welchen es hier an Bekanntmachung fehlt, werden die Rechtsanwalte v. Kalbacher, Koch, Fischer, König zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Leobischütz, den 10. Februar 1862.  
**Königl. Kreis-Gericht.** Erste Abth.  
Der Kommissar des Konkurses.

Nothwendiger Verkauf.

**Kreis-Gericht zu Lauban.**  
Der dem Ernst Strobel gebürtige Kretscham Nr. 108 zu Nieder-Linda, abgeschätzt auf 6500 Thlr. ohne Verlaß und mit letzterem auf 6850 Thlr., zufolge der nebst Hypothekenschein in unserem III. Bureau einzuführenden Taxe soll am  
**21. März 1862, Vormittags 10 Uhr,** an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenscheine nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen wollen, haben sich mit ihrem Ansprüche spätestens in diesem Termine zu melden.

**250,000 Klinkerziegel**, groß Format, zu jedem Wasserbau brauchbar, **10,000 Brunnenziegel**, nach verschiedenem Format, **180,000 Mauerziegel** wie Dachziegel, von Menschen können abgelassen werden bei **C. Marx**, Brüderstraße im Holslunderhaufe.  
[1508]

Bekanntmachung.

Wegen Einstellung von Maurer- und Zimmergeleuten zu der hiesigen Feuerwehre soll mit Meistern der betreffenden Gewerke ein Abkommen getroffen werden. Die Bedingungen sind während der Amtsstunden in unserem Bureau VI., Schweidnitzerstraße Nr. 7, einzusehen und ebendahin versiegelte Offerten mit der Aufschrift: „Einstellung von Maurern (Zimmer-) Geleuten zur Feuerwehre“ bis **Montag den 17. d. M.,** Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Breslau, den 5. Februar 1862.  
**Der Magistrat.** Abtheilung VI.

Bekanntmachung.

Zur Verpachtung des Straßendüngers und der Schoore, welche auf dem Plage hinter der Bohrauer Barriere abgefahren werden, auf das Jahr vom 1. Januar bis ult. Dezember 1862 haben wir

**Montag den 17. Februar d. J.,** Vormittags von 11 bis 1 Uhr in unserem Bureau VI., Schweidnitzer-Straße Nr. 7, (Marktallgebäude) einen Termin angesetzt. Die Licitationsbedingungen sind in der Rathsbienertube zur Einsicht ausgehängt.

Breslau, den 10. Februar 1862.  
**Der Magistrat.** Abtheilung VI.

Bekanntmachung.

Zur Verpachtung des Straßendüngers und der Schoore, welche auf dem Plage hinter der Kirchhofstraße abgefahren werden auf das Jahr vom 1. Jan. bis ult. Dezember 1862 haben wir

**Montag, den 17. Febr. d. J.,** Nachmittags von 3 bis 5 Uhr im Bureau VI, Schweidnitzerstr. Nr. 7 (Marktallgebäude) einen Termin anberaumt.

Die Verpachtungsbedingungen sind in der Rathsbienertube zur Einsicht ausgehängt.

Breslau, den 10. Februar 1862.  
**Der Magistrat.** Abtheil. VI.

Bekanntmachung.

Das hiesige Rathhaus soll umgebaut werden. Zu dem Ende wird hiermit eine **Prämie** von 200 Thalern für den besten Bauplan, welcher zur Ausführung gelangt, und eine von 100 Thalern für den nächstbesten ausgesetzt. Die Bau-Ausführung selbst soll die Kosten von 20 bis höchstens 25,000 Thlr. nicht übersteigen und müssen die Pläne mit Kostenanschlägen binnen 4 Monaten von heute ab uns eingereicht werden.

Die näheren Bedingungen, unter welchen die Bau-Ausführung erfolgen und die Projekte zc. angefertigt werden sollen, werden auf Erfordern abschriftlich mitgetheilt.

Leobischütz, den 11. Februar 1862.  
**Der Magistrat.**

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

In meinem Verlage sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

**Elementargrammatik der französischen Sprache.**

Von **Dr. Gleim,**

Rector der höheren Töchter-Schule zu St. Maria-Magdalena zu Breslau.

Gr. 8. 22 1/2 Bogen. Preis 20 Sgr.

Dieses Buch hat, nach dem einstimmigen Urtheile der Kritik, den großen Vorzug, eine wirkliche systematische Grammatik und zugleich der fasslichsten praktischen Lehrgang zu sein. Es ist mithin die Lösung einer Aufgabe, welche schon vor dreißig Jahren von kompetenter pädagogischer Seite gestellt wurde und an welche sich bisher die besten Kräfte nicht wagen wollten, weil die zu überwindenden Schwierigkeiten zu groß zu sein schienen. Die Kritik erklärt aber auch, daß diese Elementargrammatik mit dem wichtigsten theoretischen Fortschritt der Methode zugleich eine vollständig gelungene Durchführung desselben und eine meisterhafte praktische Behandlung des Elementarunterrichts verbindet. Sie ist zugleich Lesebuch und Vocabulaire, führt auf dem kürzesten Wege in die Lectüre ein und, indem sie den Zweck des grammatischen Unterrichts nie aus den Augen läßt, dient sie fast von den ersten Seiten an als die beste Grundlage und Anleitung zu einem richtig beschränkten Sprechunterricht. Sie empfiehlt sich daher für jedes Lebensalter und ist eben so brauchbar für den häuslichen wie für den Unterricht an Schulen, besonders an Real- und Mädchenschulen, und viele der letzteren finden in diesem Buche ihr ganzes grammatisches Bedürfnis gedeckt.

**Schulgrammatik der französischen Sprache**

als Fortsetzung der Elementargrammatik

von **Dr. Gleim,**

Rector der höheren Töchter-Schule zu St. Maria-Magdalena in Breslau.

Gr. 8. 19 1/2 Bogen. Preis 24 Sgr.

Herr Dr. Büchmann sagt in „Langens Archiv, Heft 9, Jahrgang 1861“, daß die in diesem Buche behandelten grammatischen Abschnitte, die in den werthvollsten Büchern viel zu knapp behandelt wurden, hier in der gründlichsten und umfangreichsten Weise dargestellt und mit einem reichen Material von Beispielen ausgestattet seien. Er lobt die Methodik, und fährt dann fort: „Abgesehen von der pädagogischen Art der Behandlung ist hervorzuheben, daß die Lehre vom Subjunctiv hier mit einer Klarheit und Wissenschaftlichkeit vorgetragen ist, von der die besten französischen Grammatiker, keinen ausgenommen, selbst die nicht, die bei Abfassung ihrer Schriften ganz von der Schule abhingen, zu lernen vermögen. Das Werk ist eine bedeutende und hervorragende Erscheinung, wie wir sie aus dem Gebiete französischer Schulbücher seit lange nicht zu registriren gehabt haben und wir zählen von nun an den Verfasser zu den Autoritäten auf demselben.“

Durch alle Buchhandlungen und Postämter zu beziehen: [1187]

**Die Glocke.**

Illustrirte Zeitung. Viertes Jahrgang.

Wöchentlich 1 Nummer, Preis 1 Sgr., pro Quartal (13 Nummern) 13 Sgr.



„Die Glocke“, anerkannt die billigste und reichhaltigste in wöchentlichen Nummern 4 8 Groß-Folio-Seiten, ist aber auch in Heften mit eleg. Umschlag zu 5 Sgr. zu beziehen. — Inhalt: Uebersichtliche Darstellung der wichtigsten Ereignisse der jedesmaligen letzten Woche, Politik, Länder- und Völkerkunde, Rechtsplege, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft, Wissenschaft und Kunst zc., Biographien (meist mit Portrait), Ehrenbezeugungen, Nekrolog, statistische und andere Notizen, Gemeinnütziges, Sprechsaal, Unglücksfälle, Verbrechen, Warnungssignale, Briefwechsel. Der Unterhaltung wird im ersten Quartal durch die äußerst spannende illustrierte Original-Erzählung: „**Vom kleinen Heini**“ von Heinrich Smidt, Rechnung getragen.

Englische Kunst-Anstalt von A. H. Payne

in Leipzig, Dresden, Wien und Berlin.

In Breslau bei **J. F. Biegler** (Graf, Barth u. Co. Sortim.), Herrenstr. 20.

**Verbessertes Pollutionen-Verhinderungs-Instrument.**

Dieses von mir nach ärztlichen Angaben konstruirte, ohne jede Beschwerde anzuwendende Instrument hat sich durch seine heilsame Wirksamkeit einen so ausgebreiteten Ruf erworben, daß es Allen, die von diesem gefährlichen Uebel befreit sein wollen, dringend empfohlen wird. Preis 1 Thlr. [501]

**Ein Ballen Strohpapier,**

für nur 14 Sgr. pro 100 Stüd



gewöhnlich Format, nur 2 Thlr. 5 Sgr., größeres Format 2 Thlr. 10 Sgr. empfiehlt die Papierhandlung **J. Bruck**, Nicolaistraße 5, vom Ringe rechts. [1108]

empfehlen wir

**Gedämpftes Knochenmehl,**

**Poudrette, Superphosphat, schwefelsaures Ammoniac** zc. und bitten unsere geehrten Abnehmer um möglichst frühzeitige Bestellung.

**Erste schles. Düngpulver u. Knochenmehlfabrik.**

**S. Wachsmann.**

Comptoir: Klosterstraße Nr. 1 b.



**Schichtmeisterstelle.**

Für ein Steinkohlenbergwerk wird ein praktisch erfahrener Bergwerksbeamter mit 5-600 Thlr. Jahresgehalt, freier Wohnung und Licht verlangt. Caution ist nicht erforderlich. Nähere Auskunft ertheilt das berliner Placirungs-Comptoir. [1208]

**Joh. Aug. Götsch** in Berlin.

**Agenturen-Gesuch.**

Ein in Braunschweig ansässiger Kaufmann, welchem die besten Empfehlungen zur Seite stehen, wünscht noch einige gute Käufer dajelbst zu vertreten (namentlich Kleefamen) und bittet hierauf Reflectirende ihre Adresse sub A. M. an die Expedition der Breslauer Zeitung versiegelt abzugeben. [1135]

**25,000 Thlr.** sind gegen gute und sichere Hypotheken auf biesige Häuser zu vergeben unter v. D. poste restante franco Breslau. [1511]

**2 Wollkrepelmaschinen,**

die eine zum Waschen, die andere mit Vorrichtung nebst Drehwolf und Spinnmaschine, in gutem Zustande, stehen billigst zum Verkauf bei **C. S. Wegner** in Bernstadt. [1483]

Ein herrschaftliches Haus, im besten Zustande, günstig gelegen, ist besonderer Verhältnisse halber sehr preiswähig zu verkaufen. Offerten von Selbstkäufern werden unter B. C. D. poste rest. Breslau erbeten.

Ein Commis, Israelit, der vier Jahre in einem Producten- und Kurzwaarengeschäft thätig war und über seine Führung ein gutes Zeugniß nachweisen kann, sucht bald oder zu Ostern ein Unterkommen. Adressen unter E. S. poste restante Beuthen a.O. [1197]

**Wistrachener Winter-Caviar**

empfehlen wir für meine geehrten Kunden zum Conserviren für den Sommer bestimmten Haupttransport, in so vorzüglich schön, heller, silbergrauer und wohlchmeckender Qualität, wie derselbe in diesem Winter noch nicht vorhanden war, und empfehle ich denselben in Original-Fässern sowie ausgekocht zu den billigsten Stadtpreisen.

**Gustav Scholz,**

Schweidnitzerstraße Nr. 50, Ecke der Junkernstraße.

**Schafwollenwatte,**

vorzüglich zu Wattirungen empfiehlt billigst: **S. Graeger**, vormals C. G. Fabian, Ring 4. [936]

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

In allen Buchhandlungen ist zu haben: **Stanislaw der Polenkönig.**

Trauerspiel in 5 Akten

von **Heinrich Bech.**

8. 8 1/2 Bogen. Eleg. brosch. Preis 22 1/2 Sgr

**Ein Müllermeister,**

welcher als Obermüller und Werthführer sehr viele Jahre fungirt und sehr gute Zeugnisse und Aelteile aufzuweisen hat, sehr erfahren ist, und bei großen künigl. und anderen Dampfmaschinen meist gearbeitet hat, sich gegenwärtig auch noch in Diensten befindet, sucht vom 1. April d. J. ab ein anderweitiges Unterkommen als Obermüller oder Werthführer. Gefällige francirte Offerten unter O. M. 12 übernimmt die Exped. der Breslauer Zeitung. [1184]

= 1 Buchhalter für ein Fabrikgeschäft auf biesigem Plage, Gehalt 4-500 Thlr. jährlich; = 1 Buchhalter für eine Glasfabrik mit 400 Jahresgehalt und freier Wohnung; = 1 Commis für Comptoir und Lager eines größeren Geschäfts mit vorerst 150 Thlr. jährlich Salair und freier Station werden zu engagiren gesucht durch das Comptoir von **A. Götsch u. Comp.,** Berlin, Jerusalemerstraße 63.

Für ein Manufakturwaaren-Engros-Geschäft am Plage wird ein **Lehrling** christlicher Confession gesucht. Näheres bei **Anton Lorenz** in Breslau, Junkernstraße Nr. 24. [1512]

Für unser Tabak- und Cigarren-Geschäft en detail suchen wir einen **Commis**, der mit der Branche vertraut, sofort oder zum 1. März zu engagiren. Mosaische Confession sehr gewünscht, aber nicht Bedingung. Landsberg a/W. [1503]

**A. Rosenthal & Comp.**

**Grünberger Traubenraut**

zur Kur, in Flasche à 8 Sgr. sind wieder eingetroffen und empfiehlt:

**Carl Straka,**

Colonial-Waaren-, Mineralbrunnen- und Delikatessen-Handlung, Albrechtsstraße, der künigl. Bank gegenüber. [1206]

**Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.**

Abg. nach	Posen.	Freiburg.	Bresl.-Sch.-Frh.
Anf. von	7 U. 35 M. Vorm. 11 U. 5 M. Vorm. 5 U. — M. Abm.	9 U. 30 M. Abg. 8 U. 10 M. Abm.	10 U. 10 M. Abm.
Abg. nach	11 U. — M. Vorm.	11 U. 5 M. Vorm.	11 U. 5 M. Vorm.
Anf. von	11 U. — M. Vorm.	8 U. 10 M. Abm.	10 U. 10 M. Abm.

Abg. nach **Berlin.** Schnellzüge 9 U. 30 M. Abg. 6 U. 36 M. Abm. Personenzüge 8 U. 40 M. Abg. 6 U. 58 M. Abm.

Abg. nach **Freiburg.** 5 U. 20 M. Abg. 12 U. — M. Mitt. 6 U. 15 M. Abg. 9 U. 17 M. Abm.

Zugleich Verbindung mit **Schweidnitz zc.** Früh und Abends auch mit **Waldenburg.**

Von **Wienitz** nach **Frankenstein** 5 U. 20 M. Abg., 12 U. Mitt., 6 U. 15 M. Abg.

Von **Frankenstein** nach **Wienitz** 5 U. 10 M. Abg., 11 U. 50 M., 6 U. 5 M. Abg.

**Breslauer Börse vom 12. Februar 1862, Amtliche Notirungen.**

Wechsel-Course.	Posen, Pfandbr.	103 G.	Bresl.-Sch.-Frh.
Amsterdam k.S. 143 bz.	dito Kred. dito 4	97 1/2 B.	Litt. E. 101 G.
ditto 2 M. 142 G.	dito Pfandbr. 3 1/2	—	Köln-Mindener 3 1/2
Hamburg k.S. 151 1/2 bz.	Schles. Pfandbr. 3 1/2	94 1/2 B.	ditto Prior. 4
ditto 2 M. 150 1/2 bz.	à 1000 Thlr. 3 1/2	101 1/2 B.	Glogau-Sagan. 4
London k.S. —	ditto Lit. A. 4	101 1/2 B.	Neisse-Brieger 4
ditto 2 M. —	Schl. Rust.-Pdb. 4	101 1/2 B.	Ndrschl.-Märk. 4
Paris 3 M. 6 1/2 bz.	ditto Pdb.-Lit. C. 4	101 1/2 B.	ditto Prior. 4
Wienöst. W. 2 M. —	ditto dito B. 4	101 1/2 B.	ditto Serie IV. 5
Frankfurt 2 M. —	ditto dito 3 1/2	—	Oberschl. Lit. A. 3 1/2
Augsburg 2 M. —	Schl. Rentenbr. 4	100 1/2 B.	ditto Lit. B. 3 1/2
Leipzig 2 M. —	Posener dito 4	98 1/2 B.	ditto Lit. C. 3 1/2
Berlin k.S. —	Schl. Pr.-Obl. 4	102 1/2 B.	ditto Pr.-Obl. 4
			ditto dito Lit. F. 4
			ditto dito Lit. E. 3 1/2
			Rheinische... 4
			Kosel-Oderbrg. 4
			ditto Pr.-Obl. 4
			ditto dito 4 1/2
			ditto Stamm... 5
			Oppeln-Tarnw. 4
			Minerva... 5
			Schles. Bank... 4
			Disc. Com.-Ant. 4
			Darmstädter... 4
			Oesterr. Credit 73 1/2
			ditto Loose 1860 67 B.
			Posen. Prov.-B. 94 1/2 G.

Verantw. Redacteur: H. Büchner. Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau